

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark einschließlich der Postbestellgebühr. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 18. Juli 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 1 Mk. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklamanzzeigen 5 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 82

### Aufruf

#### des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat nach Kenntnisnahme der allgemeinen Lage in Deutschland mit Befriedigung festgestellt, daß die deutschen Arbeiterorganisationen entschlossen sind, mit äußerster Kraft sich dem Streben der Reaktion zu widersetzen und die republikanische Verfassung zu verteidigen. Die deutsche Arbeiterklasse hat den festen Willen, die so teuer und schwer eroberten politischen und sozialen Freiheiten zu schützen und weiter zu entwickeln. Gegen die Reaktionen jeden Schlags sind die deutschen Arbeiter entschlossen, alle in ihrer Macht stehenden Mittel anzuwenden, um die Eroberungen der Revolution zu schützen.

Mit Genugtuung hat das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes von dem allgemeinen Aktionsplane der deutschen Arbeiterklasse Kenntnis genommen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund erklärt sich rückhaltlos bereit, diesen Aktionsplan mit allen Kräften zu unterstützen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund weiß, daß die Niederlage der Arbeiter und der Demokratie in Deutschland die Niederlage der internationalen Demokratie bedeuten würde, daß der Sieg der Monarchisten und Nationalisten der Triumph der Reaktion in allen Ländern wäre.

Gelübt auf die stolze Forderung des Weltproletariats: „Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!“, fordert der Internationale Gewerkschaftsbund von allen seinen Anhängern eine aktive Solidarität während der bevorstehenden Ereignisse. Niemand darf gleichgültig bleiben angesichts des Kampfes, den das deutsche Proletariat wider die deutsche Reaktion zu führen hat. Der Weltfriede ist abhängig vom Ausgang dieses Kampfes. Der wirtschaftliche Fortschritt steht auf dem Spiel.

Indem wir in dieser historischen Stunde von der deutschen Arbeiterklasse fordern, daß sie ihre Pflicht voll erfüllt, gebietet es unsre Pflicht, auch die aktive Wachsamkeit aller dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen zu verlangen. Die Gemeinsamkeit des Ideals und der Ziele bedingt die gemeinsame Pflichterfüllung. Jeder verfolge mit Aufmerksamkeit die Entwicklung der Ereignisse in Deutschland. Das deutsche Proletariat müsse sich umgeben von den Sympathien der Arbeiterklasse aller Länder. Jeder wirke darauf hin, daß die Politik der Regierung seines Landes nicht die Stellung der deutschen Arbeiterklasse schwäche und die Bestrebungen der sozialen Demokratie Deutschlands fruchtlos mache.

Im Hinblick auf das allgemeine Vertrauen der arbeitenden Massen in allen Ländern und in dem tiefen Bewußtsein, daß ihr Kampf gleichzeitig der Kampf der Arbeiter-Internationalen ist, sind wir gewiß, daß die deutschen Arbeiter den Sieg werden gewinnen können.

Die Republik triumphiere endgültig über die monarchistische Reaktion! Jeder sei stark! Ein jeder zeige sich der Gefahr gewachsen!

Das deutsche Proletariat hat das Recht, die Hilfe der Internationalen zu beanspruchen, so wie das internationale Proletariat berechtigt ist, von ihm zu verlangen, daß es keine Schwäche zeige in dem Kampfe zwischen den Mächten des Fortschritts und denen der Anechtung, in dem Kampfe zwischen der Vergangenheit und der Zukunft. Unterstützt durch die Solidarität der Internationalen werden die Arbeiter Deutschlands siegen!

Berlin, 9. Juli 1922.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes  
geg. L. Joubaur, E. Leipart, C. Mertens,  
Edo Gimmen, J. Dudgeeff.

In der gleichen Frage haben die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Bundes gemeinsam mit den beiden sozialistischen Parteien Deutschlands am 12. Juli folgende Entschlüsse gefaßt:

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Ababundes, der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei trafen am Mittwochvormittag im Reichstagsgebäude neue Beratungen zusammen, in denen die gesamte politische Lage einer eingehenden Aussprache unterzogen wurde. Angesichts der bisher unzureichenden Ausgestaltung der republikanischen Schutzgebung wurden starke Bedenken geltend gemacht, ob die sozialistischen

Parteien bei den Schlussabstimmungen für die vorliegenden Entwürfe würden stimmen können. Durch das Scheitern der Vorlagen würde aber die Reichstagsauflösung unvermeidlich sein.

Von den Vertretern der Sozialdemokratie wurde erklärt, daß ihre Partei niemals daran gedacht habe, ihre Forderung nach Prüfung einer entschiedenen republikanischen Mehrheit durch Eintritt der Unabhängigen in die Regierung zurückzuführen. Diese Forderung bestehe nach wie vor.

Reichskanzler Dr. Wirth hat von dieser Erklärung den Reichspräsidenten in Kenntnis gesetzt und ihn gebeten, seine Kur zu unterbrechen und nach Berlin zurückzukehren. Reichspräsident Ebert hat diesem Rufe sofort Folge geleistet.

### Beschlußprotokoll

über die Verhandlungen des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker vom 11. und 12. Juli 1922 in Leipzig

#### Erster Verhandlungstag

(Dienstag, den 11. Juli)

##### Nachmittags-Sitzung

Die Kommission hat bis spät abends gefagt und konnte das Plenum infolgedessen erst später zusammentreten, um den Bericht der Kommission entgegenzunehmen.

Die Kommission hat sich auf folgender Grundlage geeinigt:

1. Ab 10. Juli wird den verheirateten Gehilfen der Lohnklasse C an neuer Feuerungszulage gewährt: In Orten ohne Lokalzuschlag 250 Mk. wöchentlich, steigend bis zu 300 Mk. an Orten mit 25 Proz. Lokalzuschlag.
2. Ab 1. August wird eine neue Feuerungszulage gezahlt im Betrage von 50 Mk. an Orten ohne Lokalzuschlag, steigend bis zu 60 Mk. an Orten mit 25 Proz. Lokalzuschlag.
3. Für die Klassen A und B und für die unterschiedliche Behandlung der Beheirateten und Ledigen bleibt es bei der bisherigen Einteilung.
4. Das Abkommen bleibt in Gültigkeit bis zum 19. August 1922.
5. Der Tarifanschub trifft zu neuer Beratung am 16. August 1922 zusammen.

In der hierauf folgenden Abstimmung wird der Kommissionsvorschlag mit Mehrheit angenommen.

Das Plenum tritt am nächsten Tage früh 10 Uhr zur Feststellung der Lohnabstufen und zur Beratung der übrigen Tagesordnungspunkte zusammen.

#### Zweiter Verhandlungstag

(Mittwoch, den 12. Juli 1922)

##### Vormittags-Sitzung

Bei Eröffnung der Sitzung wird prinzipalsächlich folgendes erklärt: Gestern nach Schluß der Verammlung hätte die Prinzipalsität aus Leipziger Zeitungen die Mitteilung entnommen, daß der Streik in Berlin fortgeführt werde. (Widerpruch der Gehilfen.) Ein Telefongespräch von heute morgen bekräftigt diese Mitteilung der Tageszeitungen, wonach die Wiederaufnahme der Arbeit in Berlin auch heute noch in Frage liege. In der Druckerlei Scherl sollen allein 13 neue Forderungen aufgestellt worden sein. Ferner sind heute morgen bei der Prinzipalsleitung zwei gleichlaufende Telegramme eingelaufen, aus welchen die Wiederaufnahme der Arbeit von der Bewilligung von Sonderforderungen abhängig gemacht wird. Die Prinzipalsität habe zu erklären, daß sie von vornherein zum Ausdruck gebracht habe, daß sie in die Verhandlung über eine Lohnerböhung nur eintrete unter der Bedingung, daß in Berlin die Arbeit entsprechend dem getroffenen Abkommen sofort aufgenommen wird. Die Prinzipalsvertretung beantrage deshalb, die Verhandlungen im Plenum so lange auszusetzen, bis ein klärender Bericht von Berlin eingetroffen sei.

Seitens der Gehilfenvertretung wird erklärt, daß die bei der Gehilfenleitung eingeangenen Telegramme das Gegenteil bekräftigen. Das gebe auch aus Inferaten aus der Arbeiterpresse hervor, mit welchen die ausführenden Personale aufgefordert werden, zwecks geschlossenen Eintritts in die Betriebe sich eine halbe Stunde vor Beginn der Arbeitszeit dort einzufinden. Die Aussetzung der Verhandlung wird deshalb nicht für erforderlich erachtet.

Hinzugefügt müsse werden, daß die Generalversammlung des Verbandes gestern dem Beschlusse des Tarifausschusses zugestimmt habe und daß die Belegerten, auch diejenigen, die gegen den Beschluß gestimmt hätten, die Erklärung abgegeben haben, daß sie sich für Durchführung dieser Beschlüsse auch einsetzen würden.

Prinzipalsächlich wird hierauf entgegnet, daß der Bericht über die Stellungnahme der Generalversammlung zu dem Beschlusse des Tarifausschusses zwar interessant sei, daß aber prinzipalsächlich wiederholt werden müsse, daß Beschlüsse des Tarifausschusses der Genehmigung von Generalversammlungen nicht unterliegen. Prinzipalsächlich müsse darauf bestanden werden, daß die Verhandlung bis zur Aufklärung des Berliner Konfliktfalles unterbrochen wird.

Gehilfenseitig wird entgegnet, daß, soweit es sich um die Firma Scherl handelt, das Buchdruckerpersonal nicht ausgeschlagengebend sei, weil es die Mehrheit nicht bilde. Es sei durchaus möglich, daß das übrige Personal im Streik verharre, während dies bei den Buchdruckern nicht zutreffen dürfte. Daran könnte die Gehilfenvertretung nichts ändern.

Prinzipalsächlich wird hierauf erwidert, daß es sich nach den eingetroffenen Nachrichten um Buchdruckergehilfen und Hilfsarbeiter handle.

Ein weiterer Prinzipalsredner erkennt an, daß die Gehilfenleitung bemüht sei, Ordnung zu schaffen, daß es aber unbedingt richtig sei, die Verhandlung zu vertagen, bis Gemütsheil aus Berlin eingetroffen sei.

Nachdem ein Gehilfenredner für Weiterberatung der vorliegenden Gegenstände der Tagesordnung eintritt, prinzipalsächlich dagegen an der Verjagung der Verhandlung festhalten wird, wird die Fortführung der Verhandlung bis 8 Uhr nachmittags angesetzt.

##### Nachmittags-Sitzung

Prinzipalsächlich wird eingangs der Verhandlungen die Erklärung abgegeben, daß die Nachrichten über Berlin zuerst sehr betrüblicher Art gewesen seien und daß auch die Resolutionen in zwei Betrieben neue Forderungen aufgestellt hätten, bei Nichtbewilligung derselben die Arbeit verweigern wollten und erklärt haben sollen, daß die Personen, die das Montag-Abkommen über Berlin getroffen hätten, hierzu keine Kompetenz besäßen hätten. Allerdings sei jedoch mitgeteilt worden, daß die Arbeitsaufnahme im allgemeinen erfolgt sei. In einem der zwei erwähnten Betriebe hätten die Resolutionen auch ihre Sonderforderung zurückgezogen. Dagegen hätten andre Arbeitergruppen in verschiedenen Betrieben verlangt, daß ihnen die 300 Mk., die den Berliner Buchdruckern als einmalige Wirtschaftsbekämpfe zugestanden worden seien, ebenfalls zu gewährt sind. Die Prinzipalsität habe heute morgen die Fortführung der Verhandlungen abgelehnt, um Klarheit über den derzeitigen Zustand in Berlin zu schaffen. Nachdem dies geschehen, sei man bereit, weiter zu verhandeln, erwarte aber, daß das am Montag getroffene Abkommen ohne jeden Abstrich erfüllt werde.

Gehilfenseitig wird wiederholt erklärt, daß das Berliner Abkommen sowohl als das gestern hier abgeschlossene neue Lohnabkommen von der Generalversammlung des Verbandes angenommen worden sei, und sind beide Abkommen damit verbindlich für die Gehilfen geworden. Nach erfolgter Rückkehr nach Berlin werde man auch für volle Durchführung der Beschlüsse die Sorge übernehmen.

Nach diesen beiderseitig abgegebenen Erklärungen wird in der Verhandlung fortgesetzt.

Zunächst kommt die inzwischen aufgestellte Lohnabstufung zur Besprechung. Nach Feststellung einer Korrektur, die inzwischen vorgenommen worden sei, werden die vorgelegten Lohnabstufen genehmigt. (Siehe Nr. 81 des „Korr.“, Redaktion des „Korr.“)

In der Verhandlung folgt ein Antrag der Prinzipalsvertreter, die derzeitigen Druckpreise um 40 Proz. zu erhöhen. Begründet wird diese Erhöhung damit, daß die Lohnerböhung etwa 35 Proz. betrage, und daß der restliche Betrag für die Feuererzeugung fast aller Materialien beanprucht werden müsse.

Gehilfenseitig wird hiergegen eingewendet, daß es nicht richtig erachte, wenn bei Lohnerböhung nicht nur die hierdurch hervorgerufenen Verteuerung der Druckpreise in Rechnung gestellt werde, sondern daß man damit auch die Verteuerung der Materialkosten verbinde. Man habe es gegenseitig für richtiger, für die Erhöhung der Materialkosten zum gegebenen Zeitpunkt einen Ausgleich herbeizuführen und die Festsetzung derselben durch das Tarifamt ganz außerhalb der Lohnerböhung zu beantragen,

Prinzipalsellig wird diese Einwendung anerkannt, und es wird hinzugefügt, daß mit Ablauf der Zeitperiode eine entsprechende Änderung hierin eintreten werde.

Der Gehilfenvertreter für den V. Kreis beantragt, die demnächstige Sitzung des Tarifauschusses nach München einberufen zu lassen. Er meint, daß die erstmalige Ablehnung dieses Antrages in der nächsten Sitzung erfolgt sei, weil damals die Ausstellung noch nicht fertig gewesen wäre und weil man ferner glaube, für die Verhandlungssteilnehmer ein Unterkommen nicht zu finden. Beide Einwendungen müssen als beifällig angesehen werden, und es bestehe durchaus die Möglichkeit einer Unterbringung, da der Zutritt von Fremden nicht in dem Maße eingetretene sei, wie man erwartet habe.

Der Vorsitzende bittet, einen Beschluß hierüber nicht zu fassen, sondern die Entscheidung darüber je nach Lage der Verhältnisse dem Tarifamt zu überlassen.

Dem wird zugestimmt.

In der Beratung folgt der unter Ziffer 5 beantragte Sonderzuschlag für Maschinenleger.

Prinzipalsellig wird erklärt, daß die Prinzipalität diesem Antrage nicht stattgeben könne. Die Steuerungszulage habe eine Höhe erreicht, die jede Druckerlei außerordentlich belaste, und außerdem sei die jetzt beschlossene Steuerungszulage so bemessen, daß auch die Maschinenleger damit zufrieden sein könnten.

Gehilfenellig wird hierauf erwidert, daß die Differenz zwischen dem Lohne der Maschinenleger und der Handwerker heute nur noch etwa 6 Proz. betrage, während früher der Lohn der Maschinenleger doch 25 Proz. höher als der Lohn für Handwerker gewesen sei. In Prinzipalskreisen sei man vielfach auch zahlungswillig, nur verlange man stets einen Beschluß des Tarifauschusses. Es sei ein Fehler, wenn man diesem berechtigten Verlangen der Maschinenleger nicht entspreche; die Erregung unter denselben ist groß und es dürfte empfehlenswert sein, diese so schnell wie möglich zu befriedigen. Die Prinzipalität möge sich deshalb die Ablehnung des Antrages sehr überlegen. Die Maschinenleger beantragen für die höchste Staffel eine Erhöhung um 50 Mk.

In der hierauf folgenden Abstimmung wird der Antrag abgelehnt.

Zur Verhandlung steht nunmehr Ziffer 6 der Tagesordnung. Der Antrag wird seitens der Vertretung der Hilfsarbeiter begründet, und es wird darauf hingewiesen, daß dieser Antrag schon wiederholt gestellt worden sei, daß aber prinzipalsellig immer erklärt worden wäre, eine Änderung an dem prozentualen Anteil am Gehilfenlohn sei während der Tarifdauer nicht möglich. Diese Auffassung werde auf Seiten der Hilfsarbeiter nicht geteilt. Es sei nicht möglich, diesem berechtigten Wunsche zu entsprechen, so sei mit einer weiteren Beunruhigung in den Kreisen der Anlegerinnen zu rechnen. In anderen Tarifstellen überdies die Entlohnung der weiblichen Hilfskräfte eine bessere; zum Beispiel betrage sie 70 Proz. des Lohnes der gelehrten Personen. Auch im Eisenrückenwerke werden die Anlegerinnen besser bezahlt als im Buchdruckgewerbe. Ferner komme hinzu, daß es sich bei den Anlegerinnen nicht um Personen jugendlichen Alters handle, denn acht Zehntel der Anlegerinnen seien über 21 Jahre alt. Würde der Antrag abgelehnt, so wisse man nicht, wie man die Anlegerinnen beruhigen werde.

Prinzipalsellig wird hierauf entgegnet, daß zu wiederholten Malen prinzipalsellig erklärt worden sei, daß auch die Prinzipalität eine Änderung des Hilfsarbeitertarifs wünsche, nur bewegen sich diese Wünsche in entgegengekehrter Richtung der Wünsche der Hilfsarbeiter. Die Prinzipalität hält sich jedoch für verpflichtet, den Tarif trotzdem bis zum Ablauf einzuhalten, und daselbe müsse auch von den Hilfsarbeitern beanprucht werden. Selbst wenn in andern Gewerben die Entlohnung weiblicher Personen eine bessere sein sollte, so müßte darauf hingewiesen werden, daß die eben bewilligte Erhöhung der Steuerungszulage auch für die Anlegerinnen eine sehr ansehnliche sei.

Ein weiterer Redner der Hilfsarbeiter bittet, die wiederholte Stellung dieses Antrages nicht als bloße Demonstration zu betrachten. Die fortgesetzte Ablehnung des Antrages könne schließlich dazu führen, daß die Organisation die Bewegung unter den Anlegerinnen nicht mehr meistern kann. Es ist bereits früher im Tarifauschuss die Einleitung einer Kommission zur Nachprüfung der Höhe der Hilfsarbeiter eingeleitet worden, aber gelang hat diese bis heute nicht; dann müsse man doch wenigstens den baldigen Zusammentritt dieser Kommission möglich machen, Seitens der Prinzipalität wird hierauf entgegnet, daß Hauptzweck dieser Kommissionsbildung sein sollte, die gegenseitigen Wünsche zur späteren Abänderung des Hilfsarbeitertarifs kennenzulernen. (Widerpruch auf Seiten der Hilfsarbeiter.)

In der hierauf folgenden Abstimmung wird der Antrag abgelehnt.

Hierauf folgt in der Beratung die inzwischen vorgelegte Tabelle der Steuerungszulage für Hilfsarbeiter. Dieselbe wird als richtig bestätigt, zur Abstimmung gestellt und angenommen.

Hieran schließt sich eine Verhandlung über eine andere Art der Berücksichtigung der aus der Lohn-erhöhung sich ergebenden Lohnabgaben. Bisher sind dieselben in Bestform erschienen, es ist aber prinzipalsellig der Wunsch geäußert worden, die Berücksichtigung in anderer Form vorzunehmen, um eine schnellere Bekanntheit der veränderten Lohnsätze zu ermöglichen.

Nachdem darauf hingewiesen wurde, daß eine schnellere Drucklegung ein Ding der Unmöglichkeit sei, und es dem früheren Beschlusse des Tarifauschusses entspreche, daß diese Lohnabgaben insbesondere zum Zwecke der statistischen Feststellung weiter erheben sollen, und nachdem ferner darauf hingewiesen wurde, daß der Ausfall dieser Lohnabgaben den Kreisvertretern eine außerordentliche Menge

von Anträgen eintragen würde, wird beschlossen, es bis zur nächsten Sitzung bei Herausgabe der Lohnabgaben zu belassen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung liegt eine Vorlage des Geschäftsführers des Tarifamts vor, die das Ergebnis einer Aussprache mit berechnenden Gehern und Geschäftsführern größerer Buchdruckereien darstellt. Diese Vorlage sollte vom Tarifamt vorherabgegeben werden, doch ist die Vorberatung in den Sitzungsstagen des Tarifamts vom 29. und 30. Juni wegen der Berliner Konfliktfälle unmöglich geworden.

Die Prinzipalität gibt zunächst die Erklärung ab, daß sie zu der Vorlage Stellung genommen habe, es aber nicht für möglich halte, heute einen Beschluß zu fassen. Angesichts der Höhe der jetzt beschlossenen Steuerungszulage und ferner in Rücksicht darauf, daß der Tarifauschuss am 16. August bereits wieder zusammengetreten, empfiehlt die Prinzipalität, diese Angelegenheit bis dahin zu verlagern. Einlage der Prinzipalsvertreter haben sich bereit erklärt, den Vortrag bis dahin nachzurufen und das Tarifamt von dem Ergebnis der Prüfung zu benachrichtigen, damit am 16. August dem Tarifauschuss eventuell eine neue Vorlage unterbreitet werden könne.

Gehilfenellig wird darauf erwidert, daß der Antrag bereits dreimal zur Diskussion gestanden habe und jedesmal abgelehnt worden wäre. Man habe sich trotzdem bisher damit zufriedengegeben, aber es sei ganz unmöglich, diesen Antrag noch einmal von der Tagesordnung abzuheben. Die Gehilfen lieben vielfach auf dem Standpunkte, daß die Erledigung der Angelegenheit anstehend bis zur Tarifrevision hinausgeschoben werden solle. Die Gehilfenvertreter sind dieser Auffassung allerdings bisher entgegengetreten. In einzelnen Betrieben habe man sich aber schon im Sinne der Vorlage geeinigt. Der Vorschlag Schlichtes genüge allerdings den Berechnern nicht, da er nur eine Verdoppelung der Grundpositionen unter entsprechender Kürzung der Steuerungszulage vorlebe. Die Gehilfenvertreter seien der Auffassung, daß die Grundposition nicht verdoppelt, sondern verdreifacht werden müßte. Auch die Leipziger Berechner hätten hier einen Antrag eingereicht, der von den Gehilfenvertretern übernommen worden sei. Auch mit diesem Antrage werde die Berechnung des Antrages der berechnenden Gehilfen überzeugend begründet. Nehme man eine Behandlung dieses Antrages ab, dann würde sich sicher daraus ergeben, daß die Berechner ihr Arbeitsverhältnis als solche kündigen würden.

Nachdem prinzipalsellig nochmals erklärt wurde, daß man sich eingehend mit der Sache beschäftigt habe, zu einer Verständigung aber nicht gekommen sei und daß sich deshalb eine Verlebung der Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung empfehle, wird gehilfenellig noch einmal erklärt, daß dieser jetzige Zustand mit den Berechnern unhaltbar sei und daß eine nochmalige Verlegung des Antrages keinesfalls erfolgen könne.

Die Prinzipalität erteilt hierauf zu einer Sonderbesprechung zurück und erklärt sich nach Beendigung derselben bereit, einer Verpöpfung der Grundpositionen unter gleichzeitiger Kürzung der Steuerungszulage um den Betrag des tariflich festgesetzten Grundlohnes.

Dem wird zugestimmt.

Hierauf wird in die zweite Lesung der bereits gefassten Beschlüsse eingetreten, soweit es sich um die Festlegung der Lohnerböhung und um die Erhöhung des Zuschlags für den Preisstarif handelt.

Die in der ersten Lesung gefassten Beschlüsse werden in der zweiten Lesung wiederholt, und die Annahme der diesbezüglich gemachten Vorlagen ausgesprochen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung, der nunmehr zur Verhandlung kommt, wird prinzipalsellig folgende Erklärung zu Protokoll gegeben:

Wir sind einmütig zu dem Ergebnisse gekommen, daß die Bemessung einer übertariflichen Zulage ausschließlich auf der persönlichen Einzelleistung beruht und sich nicht nur jeder tariflichen Regelung, sondern jeder Einwirkung von Seiten einer Organisation entzieht. Auch angesichts der immer rascher aufeinanderfolgenden Lohnerböhrungen und namentlich der Höhe der diesmaligen außerordentlichen Steuerungszulage leben wir uns auch außerhalb, unsern Kollegen eine Erhöhung der über-tariflichen Zulage zu empfehlen.

Aber diese prinzipalsellig abgegebene Erklärung entspricht nicht eine sehr lange Diskussion, in der zunächst gehilfenellig festgestellt wird, daß auch dieser Antrag dem Tarifauschuss bereits vorgelegen und daß die Prinzipalität damals die Erklärung abgegeben hätte, daß diese Angelegenheit nach ihrer Auffassung durch den Tarifauschuss nicht geregelt werden könnte, daß es ausschließlich eine Angelegenheit der Prinzipale sei, und daß man deshalb dem Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins in seiner nächsten Sitzung Gelegenheit geben werde, zu dem Antrage Stellung zu nehmen.

Prinzipalsellig wird hierauf entgegnet, daß diese Stellungnahme des Hauptvorstandes des Deutschen Buchdruckervereins in der abgegebenen Erklärung entfallen sei.

Eine Reihe von Gehilfenrednern begründet diesen Antrag auf das eingehende und weist nach, daß es eine Ungerechtigkeit sei, wenn man gerade den älteren und leistungsfähigeren Gehilfen darin nicht entgegenkommen wolle, und die Beträge, die sie bisher zufolge ihrer Leistungsfähigkeit über das Lohnminimum erhalten haben, nicht entsprechend dem Geldwerte erhöhe. Jede Schaffens-treue und jedes Bestreben, zur höchsten Leistungsfähigkeit zu kommen, würde man bei den Gehilfen er-zischen, wenn man diesem berechtigten Verlangen nicht Rechnung tragen wolle. Zumindest dürfte von der Prinzipal-stellung erwartet werden, daß man der Prinzipalität in emp-fiehlendem Sinne zu einer Verständigung mit den Gehilfen rate.

Prinzipalsellig wird hierauf erwidert, daß man beim besten Willen nicht in der Lage sei, zur Sache

eine andre Stellung einzunehmen, als sie in der zu Protokoll niedergelegten Erklärung bereits enthalten sei.

Da weitere Redner nicht mehr eingetragten sind, wird der Punkt 3 der Tagesordnung mit dieser gegenseitigen Aussprache als erledigt erklärt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung erklärt ein Vertreter der Berliner Gehilfen, daß man den Antrag einer Sonderzulage für Berlin zurückzulehne, allerdings mit der Einschränkung, daß man sich vorbehalte, diesen Antrag in der nächsten Sitzung wieder zu stellen.

Der Gehilfenvertreter für Hamburg, der einen gleichen Antrag für Hamburg eingereicht hat, erklärt sich zur Zurückziehung dieses Antrages nicht bereit, und begründet denselben in der eindringlichsten Weise. In bestimmter Form wird aber seitens der Prinzipalität erklärt, daß man diesem Antrage keine Zustimmung nicht geben könne. Der Gehilfenvertreter mobilisiert seinen Antrag dahingehend, daß er ersucht, die Angelegenheit dem Kreisamt zu überweisen.

In der hierauf folgenden Abstimmung wird auch der zweite Antrag — Überweisung an das Kreisamt — abgelehnt.

Der Antrag zu Punkt 8 der Tagesordnung findet durch einstimmige Annahme der nachstehenden Erklärung seine Erledigung:

Für Steuerermäßigung wird festgestellt, daß die sich aus § 1 Ziffer 4, 5, 15 und 16 sowie aus § 5 Ziffer 7 des Deutschen Buchdruckertarifs ergebenden Beiträge als Aufwandsentschädigung im Sinne des § 34 des Einkommensteuergesetzes anzusehen sind.

Der Antrag zu Punkt 7 der Tagesordnung, für das Land Baden eine Grenzzulage festzusetzen, gibt dem Kreisamt Organisationsvertreter Anlaß, die Annahme des Antrages auf das wärmste zu empfehlen. Es geschieht dies unter entsprechender Begründung, für welche bereits im Wortlaut des Antrages der entsprechende Inhalt gegeben ist.

Die Prinzipalsvertretung erklärt zu dem Antrage, daß sie aus grundsätzlichen Bedenken diesem Antrage nicht zustimmen könne. Die Prinzipalität könne sich nicht be-reitsfinden, irgendwelche Sonderzulagen zu beschließen. Das entspreche auch dem bisher bereits eingegangenen Stand-punkt der Prinzipale. Ebenfalls könne man sich ent-schließen, dem Antrage des Gehilfenvertreter auf Über-wellung der Sache an das Kreisamt zu entsprechen.

Der Gehilfenredner beansprucht demzufolge, daß man dann wenigstens eine Regulierung der Lokalzuschläge sofort eintreten lassen möge, worauf prinzipalsellig er-widert wird, daß auch dies nicht angängig sei, da die Lokalzuschläge nach dem Beschlusse des Tarifauschusses bis zum Ende I, 3, zu gelten hätten.

In der hierauf folgenden Abstimmung wird der An-trag zu Ziffer 7 der Tagesordnung abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Der Vorsitzende empfiehlt eine en bloc-Annahme der in erster Lesung bereits gefassten Beschlüsse auch in zweiter Lesung.

Dem wird gehilfenellig widerprochen. Insbesondere unter Hinweis auf die Ablehnung der Maschinenlegerzulage.

Es wird deshalb Einzelabstimmung vorgenommen. Zur Abstimmung kommt der Antrag auf Erhöhung der Sonderzulage für Maschinenleger.

Ein Vertreter der Maschinenleger spricht noch einmal dringend für Annahme des Antrages und erklärt, daß die Maschinenleger die Ablehnung desselben nicht verstehen würden.

In der hierauf folgenden Abstimmung wird der An-trag zum zweiten Male abgelehnt.

Die Verdoppelung der Grundposition für Be-rechner unter Kürzung der Steuerungszulage um den Betrag eines Grundlohnes aus § 3 wird an-genommen.

Der Antrag, für Hamburg eine Sonderzulage zu bewilligen, wird abgelehnt. Der damit verbun-dene Antrag, die Angelegenheit dem Kreisamt zu über-weisen, wird ebenfalls abgelehnt.

Der Antrag zu Punkt 8 der Tagesordnung (Steuer-abgabe betreffend) wird angenommen.

Der Antrag; Festsetzung einer Grenzzulage für Baden, wird nach eingehender Begründung und Emp-fiehlung durch den Gehilfenvertreter des IV. Kreises ab-gelehnt. Ebenso der damit verbundene Antrag auf Überweisung an das Kreisamt.

Damit sind sämtliche Anträge auch in zweiter Lesung erledigt. Es ist damit Schluß der Sitzung eingetreten.

Vor Beendigung derselben gibt ein Prinzipals-rechner der Freude darüber Ausdruck, daß ein Vertreter der oberhessischen Prinzipalität an der Sitzung habe teil-nehmen können und daß es den Verhandlungssteilnehmern vergönnt gewesen sei, diesen Vertreter des nunmehr be-tretenen Gebiets in ihren Reihen begrüßen zu können. Ferner werde prinzipalsellig mit einer gewissen Vergnü-gung begrüßt, daß es wieder einmal gelungen sei, ohne Anrufung der behördlichen Stellen einig zu werden. Die festgesetzte Höhe der Steuerungszulage werde die Betriebe finanziell außerordentlich belasten und werde als schwer drückend empfunden werden; trotzdem sei man bestrebt, daß es zu einer Verständigung aus eigener Entscheidung gekommen sei. Auch wird dem Präsidium für die während der Sitzung geleistete Arbeit gedankt, was wohl zu-gleich auch im Namen der Gehilfenvertreter gesprochen darf. (Dem wird zugestimmt.)

Die Verhandlung wird hierauf abends 6 Uhr für ge-schlossen erklärt.

Berlin, 12. Juli 1922.

Rud. Alstein, Prinzipalsvorsitzender. Robert Braun, Gehilfenvorsitzender. Paul Schliebs, Geschäftsführer.

# Konferenz der Kreisvorsitzenden der Deutschen Maschinenmeistervereine

Am Freitag, dem 30. Juni, konnte der Vorstand des Vereins Leipziger Buchdruckmaschinenmeister, der den Empfangsabend für die Delegierten zu einer angenehmen herfürhenden kollegialen Feier auszugestalten wußte, die Mehrzahl der geladenen Konferenzteilnehmer begrüßen. Bei Beginn der Tagung am Sonnabend, dem 1. Juli, wurde die Anwesenheit folgender Vertreter der Kreis-, Bezirks- und Ortsvereine festgestellt: W. Wolf, G. Sulz, A. Keller, F. Pöschmann (Berlin); C. Heym (Bremen); E. Winandl (Breslau); U. Lehmann, C. Ulrich (Dresden); C. Selzer (Erfurt); F. Porst (Essen); A. Steinert (Frankfurt a. M.); R. Pöhl (Halle); W. Meindorf (Hamburg); U. Koch (Hannover); C. Möckstedt (Karlsruhe); W. Kleber (Köln); C. Neumann (Königsberg i. Pr.); U. Bauleid, Böhler, Kränkel, C. Schaeffer (Leipzig); Fr. Siding (Mannheim); F. Kreubler, Schulze (Magdeburg); J. Felsner, U. Kambinder, G. Regn (München); J. Schöne (Stuttgart); M. Perlich (Danzig); H. Wiedemann (Wittenberg). Im Laufe der Tagung trafen noch Kollegen aus den nächstgelegenen Vereinen sowie altbekannte und hochgeschätzte Spartenfreunde, die als Delegierte der Verbandsgeneralversammlung nach Leipzig gekommen waren, bei uns ein und nahmen an unsern Beratungen lebhaften Anteil.

Der Verbandsvorstand war durch Kollegen Krauß, die Redaktion des „Korr.“ durch A. Schaeffer, der Leipziger Gauvorstand durch U. Bauleid vertreten. Seitens der Sparten nahmen die Kollegen G. Glaschmann, U. Grams und U. Schimpf teil, die Freie Faktorenvereinigung war durch Kollegen G. Wachner vertreten. Das Ausland war unserer Einladung freudig nachgekommen. Wir konnten A. Neumann (Wrag); G. Schipper und J. Walzel (Tübingen); C. Malmberg (Schweden); W. Weillich (Widapest) und G. Weigelt (Wien) in unsern Mitteln begrüßen.

Mit dem Hinweis auf die ersten Aufgaben und das reiche Arbeitspensum wurde die Konferenz durch den ersten Vorsitzenden der Zentralkommission G. Dörb and eröffnet. Nach Austausch der üblichen Willkommensgrüße und Begrüßungsansprachen und Erledigung einiger geschäftlicher Fragen, und nachdem der durch den Tod von uns geschiedenen Kollegen P. Strauch, P. Fischer (Berlin) und A. Ludwig (Leipzig) mit ehrenden Worten gedacht, nahm das Wort zum Geschäftsbericht der zweite Vorsitzende der Zentralkommission A. Hermann. Nicht um die Tätigkeit der Zentralkommission in den vergangenen zwei Jahren klarzulegen, sondern um an den Erfolgen der Mitarbeiter der einzelnen Maßnahmen festzustellen, welche Wege für die Zukunft beschritten werden müssen, gab er einen Ausblick aus dem umfangreichen Betätigungsfeld der Zentralkommission. War es auf tariflichem Gebiete die Einführung der neuen Arbeiterentlohnungen, so nahm in organisatorischer Hinsicht die Umgruppierung der Druckereiarbeiter in die Zentralkommission, die Einführung der Tarifschritte und Akkord, in der Fortbildung der Ausgabe des „M. l. B.“, des Referentenmaterials sowie der Manuskriptvorzüge unsere Arbeitskraft in reichem Maße in Anspruch. Dazwischen kamen Verhandlungen mit verwandten Organisationen über die Befehls- und Behebungs- und Offsetmaschinen auf der einen, der Rotationsmaschinen auf der anderen Seite, in denen der Versuch gemacht wurde, die Interessen der Drucker klarzulegen. Daß auch dem Rücktritt des um unsre Sache so verdienten Kollegen Fehler einige Worte des Dankes gewidmet wurden, soll hier nicht vergessen werden. Mit der Erwähnung zahlreicher Einzelheiten und dem Hinweis auf die kommende arbeitsreiche Zeit und der Notwendigkeit, der Zentralkommission mehr Kraft und Bewegungsfreiheit durch entsprechende Mittel zu geben, leitete der Redner über zum Bericht des Kassierers W. Schulze, der den gebrauchten vorliegenden Stoffenbericht erläuterte und nachzuweisen verstand, warum die Zentralkommission in der hinter uns liegenden Zeit keine umfangreichere Tätigkeit zu entwickeln vermochte.

In der darauf einsehenden Aussprache wurde der gute Wille sowie die Zweckmäßigkeit der Maßnahmen der Zentralkommission von allen Rednern anerkannt. Die gestrengt geführte Debatte über das Offsetkommen mit dem Steindruckerverband führte nach Ausföhrung verschiedener trüger Anschauungen zur Annahme einer Entschöbung, die der Generalversammlung des Verbandes empfiehlt, an den zwischen den beiden Spitzenorganisationen vereinbarten Richtlinien für die Befehls- und Behebungs- und Offsetmaschinen festzuhalten, die Frage der Verbandszugehörigkeit jedoch in Anbetracht der geringen Zahl der Buchdrucker im Offsetdruck und des ungewissen Entwicklungsganges auf tariflichem Gebiet sowie im Hinblick auf die seitens des Gewerkschaftskongresses empfohlene Umformung der Berufsorganisationen zu Industrieverbänden jedoch zurückzustellen. Weiter wird darin das Verprechen gegeben, der technischen Entwicklung gegebenenfalls dadurch Rechnung zu tragen, daß dem Steindruck der Abtritt zum Tiefdruck wie zum Buchdruck ermöglicht werden soll.

Der Punkt „Organisatorisches“ brachte eine Namensänderung der Zentralkommission, die den veränderten Verhältnissen, den gewandelten Anschauungen Rechnung trägt sowie aus Zweckmäßigkeitsgründen, um der letzteren Verständlichkeit halber, erfolgte. Die Zentralkommission führt in Zukunft den Namen: Zentralkommission der Drucker im Verbands der Deutschen Buchdrucker. Dementsprechend haben auch die Vereine gelegentlich eine Namensänderung vorzunehmen.

Den Anträgen auf eine lettere Anordnung, auf ein billigeres Aufgeben der Sparten im Verbands, wurde nicht stattgegeben aus dem Grunde heraus, daß damit eine

Aufgabe der bestehenden Selbständigkeit der Druckereivereine verbunden worden sei. Dagegen wurde den Rotationsdruckern eine besondere und offizielle Vertretung in der Zentralkommission zugesprochen, wodurch den Rotationsdruckern die Möglichkeit gegeben ist, ihre Interessenwahrnehmung im engeren Einvernehmen mit der Zentralkommission zu verfolgen.

Die Fragen der Kreisarbeit wie der Kreisentlohnung wurden einer Kommission überwiesen, die den Anträgen auf Aufteilung einzelner Vereine an einen andern Kreis wie auf Errichtung zweier neuer Kreisvereine insoweit Rechnung trug, als sie glaubte, damit den Interessen der Spartenbewegung dienen zu können. Für die Zusammenarbeit in den Kreisen wurde folgende Entschöbung vorgelegt und angenommen: „Die von der Konferenz ernannte Kommission für praktische Arbeiten der Kreiszentralen mit ihren angeschlossenen Vereinen verpflichtet die Zentralkommission, die kleineren angeschlossenen Vereine, soweit es irgend möglich ist, durch Vorträge, Fachmaterial und, soweit es die Kostenverhältnisse zulassen, auch durch Beihilfen tatkräftig zu unterstützen, damit die kleinen Vereine vor allen Dingen lebensfähig erhalten werden.“

Ferner wurde betont, daß nur Verbandsmitglieder der Sparte angehören können, daß aber den Anträgen auf Verbot der Ausbildung von Schweizerdegen nicht entsprochen werden kann, da die Lage und Struktur unsres Gewerbes dies nicht zulassen würde. Aus persönlicher Verärgerung über das Verhalten einzelner Schweizerdegen darf keine Verallgemeinerung herabgegeben.

Ein breiten Raum in der Tagung nahm die nach einem einleitenden Referat des Kollegen A. Hermann einsehende Aussprache über Punkt 3 der Tagesordnung: „Tarifliches“, ein. Den Wünschen auf Ausbau und Erweiterung der Sonderbestimmungen für Drucker standen die Forderungen auf Beschränkung unsrer Anträge auf nur einige wichtige Punkte gegenüber. In Anerkennung der Unschärfe auf tariflichem Gebiete zog sich die Konferenz auf die Forderung des Einmachens des Systems zurück unter Annahme folgender Entschöbung, deren wesentliche Punkte durch einen zweiten, ergänzenden Antrag noch wesenlich betont wurden:

Zur zweckmäßigen Erfüllung der Pflichten der Drucker nach § 70 (Verantwortlichkeit) und § 71 (rein technische Arbeiten) sowie zur sachgemäßen Verwertung der Druckmaschinen sind höchstens zwei Typen oder eine Schnellpresse von je einem Drucker zu bedienen.

Weiter spielte die Forderung auf Festlegung eines tariflichen Lohnzuschlags für Flach- und Rotationsdrucker eine große Rolle. Allgemein wurde darauf hingewiesen, daß die Höherentlohnung für besondere und Qualifikationsleistungen, wie sie die Drucker in früheren Zeiten verdienen konnten, heute nicht mehr in dem gleichen Verhältnisse besteht. Die über Minimum gezahlten Beträge sind jetzt derartig gering, daß damit weder ein Ausgleich für die Höherentlohnung noch für die Verantwortlichkeit des Druckers erzielt werden kann. Wenn sich die Konferenz nach eingehender und lebhafter Aussprache auf den Standpunkt stellte, von der Forderung einer höheren tariflichen Entlohnung abzusehen, so war dafür die Erkenntnis ausschlaggebend, daß es unsre Pflicht ist, mit für eine Anpassung des Mindestentlohens an die veränderten Lebensbedingungen einzutreten und die notwendige Besserstellung aller Buchdrucker nicht durch Sonderforderungen zu gefährden. An die Druckerkollegen wurde jedoch der Appell gerichtet, mehr wie bisher persönlich für eine bessere Bezahlung ihrer Arbeitskraft einzutreten und weiter die Forderung aufgestellt, daß für alle über Minimum Entlohnenden ganz allgemein eine entsprechende Erhöhung der Bezüge Platz zu greifen habe. Alle weiteren tariflichen Anträge zum Karl wurden der Zentralkommission als Material überwiesen.

Die Geldentwertung auf der einen Seite, andererseits die durch die Verhältnisse bedingte Erweiterung des Aufgabekreises der Zentralkommission gaben Anlaß zur Beitragserröbung. Porlosläge und Druckkosten, Fahrpreise, Materialen und persönliche Ausgaben überwiegen dauernd und sprunghaft. Ebenso sprunghaft ändern sich auch die Verhältnisse auf beruflichem und tariflichem Gebiet. Mehr als bisher muß die Zentralkommission den immer neueren Anforderungen gerecht zu werden versuchen. Das dies neben erhöhter Arbeitsleistung auch der Aufwendung erheblicher Geldmittel bedarf, fand allgemeine Anerkennung der Konferenzteilnehmer. Eine für die Beitragserröbung eingesetzte Kommission, die zugleich auf die Anträge auf Ausbau des „Maschinenmeister im Buchdruckgewerbe“ mit zu behandeln hatte, unterbreitete der Konferenz den Vorschlag, den Beitrag an die Zentralkommission für das Mitgliedschaft auf 2 M. monatlich, den Beitrag für die Kreiszentralen auf 1 M. monatlich festzusetzen. Die Zahlung erfolgt vierteljährlich im zweiten Monat jeden Quartals an den Kreisvorstand. Diese Beitragserröbung tritt mit dem 1. Juli in Kraft. Die Vereine haben ihren Ortsbeitrag spätestens ab 1. September auf 2 M. pro Woche zu erhöhen. Die Vorschläge der Beitragskommission wurden von der Konferenz einstimmig angenommen. Als daraufhin von der Zentralkommission der Ausbau des „M. l. B.“, des Referentenmaterials, der Rundschreiben, eine Ausdehnung der Agitation und Veröffentlichung besonders der Wünsche der kleineren Vereine zugelegt, jedoch auf die augenblicklich schwierige finanzielle Lage der Zentralkommission verwiesen wurde, beschloß die Konferenz, den Vereinen zu empfehlen, die künftigen Beiträge möglichst sofort abzuführen. Im Verlaufe der Tagung fanden noch die verschiedenen Fragen ihre Erledigung. In bezug auf die Bedeutung der Buchdruckmaschinen wurden die Vorkände aufgeföhrt, in allen vorkommenden Fällen durch energisches Eingreifen unsrer Interessen wahrzunehmen.

Dem Vortragswesen, der Vermittlung von Filmvortrüge soll die Zentralkommission erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden.

Am Sonntag, dem 2. Juli, gegen 5 Uhr nachmittags erreichte die Konferenz ihre Endstation, nachdem der ursprünglich vorgesehene Besuch der Ausstellung im Buchgewerbehaus am Sonntagvormittag der umfangreichen Tagesordnung halber ausgefallen war.

Nach Abschiedsworten der in- und ausländischen Gäste konnte der Vorsitzende die Konferenz mit einem Rückblick auf die geleistete Arbeit und mit dem Versprechen auf weitere angelegentlich Betätigung der Zentralkommission im Dienste der Spartenbewegung und der Ausföhderung auf engere Zusammenarbeit aller Vereinsvorstände schließen.

Am Anschlusse daran fand dann noch eine Aussprache zwischen den Vertretern der ausländischen Bruderorganisationen und der Zentralkommission statt. Der deutschen Spartenentlohnung wurde in Anerkennung ihrer Verdienste um die Anbahnung guter internationaler Beziehungen die ehrenvolle Aufgabe übertragen, den Gedanken- und Materialaustausch zwischen den Druckereorganisationen aller Länder auch weiter zu pflegen, damit sich selbst und der Allgemeinheit dienend.

## Vierter Deutscher Korrekturentag in Leipzig

Am Sonntag, dem 2. Juli, am Tage vor Eröffnung der Verbandsgeneralversammlung, trafen im Gasthause „Drei Mühlen“ zu Leipzig die Vertreter der Korrekturen Deutschlands zu einer Tagung zusammen, über die in Nr. 76 des „Korr.“ schon kurz berichtet wurde. Es waren 22 Abgeordnete erschienen, die sich auf folgende Gauen verteilten: Bayern 1, Berlin 4, Dresden 1, Ergebrige Vogelland 1, Hamburg-Altona 1, Hannover 1, Leipzig 4, Oberhavel 1, Oder 2, An der Saale 2, Schleswig-Holstein 1, Thüringen 3. Die Zentralkommission war durch vier Mitglieder vertreten. Von ausländischen Korrekturenvereinen war der Vorsitzende des tschechoslowakischen Fachvereins der Korrekturen, Bomanek aus Prag, erschienen. Außerdem waren vertreten: der Verbandsvorstand durch Bille, die „Korr.“-Redaktion durch Felsner, der Bildungsverband durch Dreher, der Leipziger Gauvorstand durch Kramer; von den Sparten hatten die Maschinenleger Kroschmar, die Maschinenmeister Schulze (Frankfurt); Wachner nahm im Auftrag der Freien Faktorenvereinigung an den Verhandlungen teil, Kapriel vertrat die Typographische Vereinigung Leipzig. Als Zuhörer hatten sich eine Anzahl Leipziger Kollegen eingefunden; außerdem wohnten zeitweilige Abgeordnete zur Verbandsgeneralversammlung der Tagung bei, darunter Hauptverwalter Glaser und Verbandssekretär Höbner. Verschiedene Begrüßungsreden von Korrekturenvereinen waren eingehend zu hören. Eine von Klub der Korrekturen und Wollfänger, Niederbayerlands und vom Buchdrucker Korrekturenverein, die lebhaft bewahrheitet, wegen der schlechten Finanzlage diesmal keinen Vertreter entsenden zu können; auch Kollege Mauff, der in Leipzig als Abgeordneter zum Korrekturentage gewählt, aber wegen Teilnabms an einer andern Tagung am Erscheinen verhindert war, sandte von Bremen ein Begrüßungstelegramm. Mit der Leitung der Verhandlungen wurden der Vorsitzende der Zentralkommission, Grams, und der Vorsitzende des Leipziger Korrekturenvereins, Schmiedel, beauftragt.

Ein städtischer Chor des „Antenberg“ sang zur Eröffnung „Ardn in den Tag“ von Kurz und Altmann „Ich warie dein“. Starke Beifall lohnte die wackeren Sänger. Der Saal war festlich geschmückt, und Kollege Schmiedel wies in seiner Begrüßung namens der Leipziger Kollegen besonders auf den von Tannengirlanden umrahmten Wappspruch „Wirken ohne zu streiten“ hin, den er allen Teilnehmern zur Beherrschung empfahl. Nach den Begrüßungsansprachen des Vorsitzenden und der abgeordneten Vertreter der Verbände und Sparten wurde in die Tagesordnung eingetreten; sie lautete: 1. Tarifliches, 2. Organisatorisches, 3. Rundschreiben. Zunächst wurden die von den Korrekturenvereinen auf Veränderung des § 69 des Tariffs gestellten Anträge lebhaft erörtert. An der Aussprache darüber beteiligten sich Grams und Oberländer von der Zentralkommission, Reich, Schwarz und Garzke (Berlin), Gahlmann (Dresden), Galle (Hamburg), Dittmann (Karlsruhe), Schmiedel (Leipzig), Emmer (Magdeburg), Gänge (Erfurt), Fuhrmann (Hamburg) sowie Kroschmar (Berlin) von der Zentralkommission der Maschinenleger. Im großen und ganzen trat eine erfreuliche Einmütigkeit in bezug auf die zu stellenden Forderungen auf. Wann wurde ein möglichst billiger Ausgleich gewählt, bestehend aus Über- (S. A.), Schwarz (Berlin), Sellwag (Leipzig), Gahlmann (Dresden) und Galle (Hamburg), der auf Grund der gepflogenen Aussprache die Anträge während der Mittagspause lasen und zu Beginn der Nachmittagsverhandlungen der Verammlung zur Beschlussfassung unterbreiten sollte.

In der Mittagspause begaben sich die Teilnehmer nach dem nahe gelegenen Deutschen Buchgewerbehaus zur Besichtigung der Sonderausstellungen, die bereites Zeugnis ablegten von dem nie rastenden Fortschritt der Technik. Mit großer Spannung wurde besonders die Typographische Abteilung unter sachkundiger Führung des Kollegen Dreher in Augenschein genommen und gewürdigt.

Bei Wiederbeginn der Verhandlungen, um 3 Uhr nachmittags, kam zunächst ein Antrag des Kongresses der Maschinenmeister zur Sprache, der den Verbandsvorstand aufforderte, zur Unterstützung der Spartenbestrebungen finanzielle Mittel bereitzustellen. Nach kurzer Erörterung beschloß der Korrekturentag, sich diesem Antrag anzuschließen. Darauf erfolgte die Überlieferung des Berichtes des

Ausschusses zu den Tarifanträgen. Die vom Ausschusse formulierten Anträge wurden mit geringen Änderungen einstimmig angenommen, ebenso eine vom Ausschusse beantragte Entschliessung, die die Zentralkommission mit der Aufnahme einer Statistik über die Berufskrankheiten und mit der Sammlung von sachverständigen Gutachten über die Gefahren un'rer Berufstätigkeit beauftragt. Von der Zentralkommission wurde zugleich, daß diese Statistik, an besten wohl in Verbindung mit einigen andern wichtigen statistischen Erhebungen, aufgenommen werden soll.

Grams gab sodann einen Bericht über die Tätigkeit der Zentralkommission und einen Überblick über Wirken und Wachstum der Korrektorenvereine, wobei er besonders das kräftige Erstarken des Berliner Vereins lobend erwähnte. Er berichtete über die Bildung neuer Vereine, über die Auswirkung des § 69 des Tarifs, die Kommentierung des dritten Absatzes dieses Paragraphen durch den Tarifausschuss im Januar d. J., über die im Ausschusse daran geführten Kämpfe und tarifförmigen Stagen sowie über die glückliche Aufnahme und die gute Wirkung der von der Zentralkommission in Verbindung mit dieser Angelegenheit herausgegebenen Broschüre. In der Ansprache hierüber, an der sich Meyer (Pöbneck), Fuhrmann (Naumburg), Slange (Erfurt), Sahmann (Dresden) und Reich (Berlin) beteiligten, wurden die Ausführungen noch ergänzt und neue Streiflichter auf das gute Wirken der Korrektorenvereine geworfen. Allgemein erkannte man die rührende Tätigkeit der Zentralkommission an und würdigte sie dankend. Über die Aufnahmebereitschaft von Mitgliedern wurde anlässlich eines bestimmten Falles festgestellt, daß Lohn- bzw. Zeilenressoren und Lohnbuchhalter in Druckerereien, die sich un'rer Sparte anschließen wollen, bei Aufnahmegelegenheiten nichts in den Weg gelegt werden soll, wenn sie Verbandsmitglieder sind.

Kostenführer Hanff berichtete darauf über den Vermögensstand. Er gab nähere Erläuterungen zu dem Klassenabschlusse, der einen Gebeltrag aufwies. Die Kosten für die Sonderdrucke der „Sachmittlungen“ steigen immer mehr an; der Korrektorentag müsse sich entscheiden, entweder diese Sonderdrucke aufzugeben oder den Beitrag an die Zentralkommission, der jetzt monatlich 1 M. betrage, wesentlich zu erhöhen. Der Vorsitzende des Bildungsverbandes, Dreher, bemerkte dazu, daß es nur infolge günstigen Papierverkaufs möglich gewesen sei, die Sonderdrucke zu einem verhältnismäßig immer noch billigen Preise zu liefern. Die Papierpreise seien bekanntlich in letzter Zeit ungebührlich gestiegen, und wenn der Lohn noch zur Verfügung stehende Papierbestand etwa Ende dieses Jahres aufgebraucht sei, würden auch die Kosten für die Sonderdrucke erheblich höher bemessen werden müssen. Der Korrektorentag entschied sich trotzdem einmütig für die Selbsthaltung der Sonderdrucke, die als Bindemittel für die Mitglieder, insbesondere in den Gauen mit kleinen Ortsgruppen und vielen Einzelmitgliedern, nicht entbehrt werden könnten.

Grams richtete nun namens der Zentralkommission den Vorschlag, als Schlüssel für den jährlichen Mitgliederbeitrag an die Zentralkommission den doppelten wöchentlichen Verbandsbeitrag (ohne Gau- und Ortsaufschlag) zu nehmen. Eine einmalige Beitragserhöhung durch den Korrektorentag habe wegen der unübersichtlichen künftigen Entwicklung der Verhältnisse, in der die Geldentwertung ungebührlich fortschreite, wenig Wert. In nicht zu fernem Zeit könnte die Zentralkommission wieder genötigt sein, an die Vereine abermals wegen Erhöhung der Beiträge heranzutreten. Sonst könnte durch das fortwährende Anschwellen der Porlos-, Papier- und Druckkosten die vom Korrektorentag anerkannte erprobte Tätigkeit der Zentralkommission lahmgelegt werden. Ein fester Maßstab, der der Zentralkommission das öftere unangenehme Ersuchen an die Vereine um Bewilligung höherer Beiträge erspare, sei dringend notwendig. In der Besprechung dieses Vorschlags, an der sich Emmer (Magdeburg), Reich (Berlin), Sahmann (Dresden), Berthold (Leipzig) und Oberüber (Zentralkommission) beteiligten, wurde davor gewarnt, die Mitglieder allzulebhaft zu belasten; jedoch wurde die finanzielle Notlage der Zentralkommission voll anerkannt und der Wille zur Abhilfe betont. Schließlich stimmte man dem Antrage zu, den Beitrag an die Zentralkommission von monatlich 1 M. auf 3 M. für jedes Mitglied zu erhöhen. Ebenso wurde der Zentralkommission das Recht zur späteren Beitragserhöhung bei Erhöhung des Verbandsbeitrags zugesprochen, wobei der von der Zentralkommission vorgeschlagene Schlüssel als ungefähre Maßstab zugrunde zu legen ist. Die Sitzungsgelder für die Mitglieder der Zentralkommission, die jetzt 8 M. für das Mitglied betragen, wurden in der Höhe bemessen, wie sie der Verbandsvorstand für seine Mitglieder zahlt.

Die Zentralkommission wurde dann einstimmig in der bisherigen Zusammenfassung wiedergewählt. Als Sachverständige für die Tarifverhandlungen wurden aus praktischen Gründen je zwei Kollegen aus Berlin und Leipzig bestimmt, und zwar von Berlin Grams und Oberüber, von Leipzig Berthold und Mauff; als Stellvertreter Reich (Berlin) und Schmiedel (Leipzig).

Stille (Verbandsvorstand) wies zum Schluß noch auf die Notlage des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins hin, der wahrscheinlich gezwungen sei, das Weitererhalten seiner wertvollen Zeitschrift für dieses Jahr ganz einzustellen zu müssen, wenn nicht ganz beträchtliche Hilfe käme. Da viele Korrektorenvereine dem Sprachvereine korporativ angeschlossen sind und vieler auch sonst noch Korrektoren zu seinen Mitgliedern zähle, befürwortete er freiwillige Erhöhung des Sprachvereinsbeitrags, damit das Beispiel aus Arbeiterkreisen wenigstens ansehnlich auf die besser gestellten Sprachvereinsmitglieder wirke, die in der Lage seien, mehr zu geben.

Mit einem Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker und auf die in seinem Geiste wirkende Korrektorenparade wurde dann die Tagung um 6 1/2 Uhr abends geschlossen.

Zum Abend hatten die Leipziger Kollegen mit ihren Damen die auswärtigen Gäste zu einem gemütlichen Besamensein im Tagungslokal eingeladen. Bei musikalischen Darbietungen, Ansprachen, gemeinschaftlichem Gesange, heiteren Vorträgen und Tanz verlief der genussreiche Abend, auf dem auch kollegiale Frömmlichkeit und buchdruckerische Kameradschaft herrschte, zur vollen Zufriedenheit aller Festteilnehmer. F. O.

## □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. (Generalversammlungen vom 7. bis 11. Juli.) Am 6. Juli hatte der Reichsarbeitsminister beiden Parteien folgenden Vermittlungsvorschlag unterbreitet: „Unter Würdigung der Gesamtlage erlaube ich die Parteien, sich auf folgender Grundlage zu einigen: 1. Die Arbeit wird möglichst sofort aufgenommen. 2. Bei Weberaufnahme ist jedem Arbeiter eine einmalige Arbeitslohsbeihilfe von 300 M. zu zahlen. 3. Vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit an werden die neuen Löhne gezahlt, die der Reichsarbeitsminister festsetzt.“ Mit diesem Vorschlage beschloß sich die Versammlung der Gehilfen am 7. Juli. Nach längerer Diskussion erfolgte mit Mehrheit dessen Annahme. Die Versammlung wurde dann bis 4 Uhr nachmittags vertagt, um Mitteilungen über die Stellungnahme der Prinzipale entgegenzunehmen. Inzwischen wurden die Gehilfenvertreter zu einer Sitzung mit den Prinzipalen eingeladen, in der eingehend über die Durchföhrung des Vorschlags des Reichsarbeitsministers gesprochen werden sollte. Es stellte sich jedoch heraus, daß dies nur ein Vorwand war. Die Prinzipale suchten durch Änderungsanträge und Zusätze den Vorschlag illusorisch zu machen, und als die Gehilfenvertreter hierauf nicht eingingen, lehnten sie den ganzen Vorschlag ab. Die Nachmittagsversammlung der Gehilfen war über das Verhalten der Prinzipale äußerst empört. Troßdem Kollege Massini von einer ersten Unterredung mit dem Reichskanzler Dr. Wirth Mitteilung machte und seitens des Gewerkschaftsstandes ersucht wurde, nimmend durch Eintreten in den Bewilligungsstreik Beschlüsse in die Reihen der Unternehmer zu schlagen, um dadurch den notwendigen Bankrottendruck in der Reichsdruckerei und das von der Verbandsgeneralversammlung gewünschte Erscheinen der Gewerkschaftsblätter zu ermöglichen, stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt, daß der Streik in verschärfter Form fortgeführt und alle bisher ausgeführten Hoffnungsarbeiten eingestellt werden sollten. Von dem Verlaufe der Versammlung wurde, dem Reichsarbeitsminister, am 8. Juli vormittags Bericht erstattet. Derselbe besetzte zum Nachmittags einen Schlichtungsausschuss in das Reichsarbeitsministerium, zu welchem beide Parteien die Vertreter selbst bestimmen sollten. Von dem Resultat sollte die inzwischen wiederum vertagte Gehilfenversammlung am 8. Juli in Kenntnis gesetzt werden. Da die Gehilfenvertreter jedoch bis dahin noch nicht vom Reichsarbeitsministerium zurückgekehrt waren, wurde die Versammlung auf Montag, den 10. Juli, vertagt. Am Montag nahm die Versammlung ihren Fortgang. Kollege Zwirner stellte zunächst mit, daß Kollege Massini infolge der augenblicklichen Situation in Berlin bleiben werde, und die Bewegung in der Hand zu behalten, während Kollege Albrecht sich nach Leipzig begeben habe, um der Verbandsgeneralversammlung über den Stand der Berliner Bewegung Bericht zu erstatten. Kollege Schiefner berichtete über die Sitzung des Schlichtungsausschusses im Reichsarbeitsministerium. Einleitend bemerkte er, daß die Sitzung zwar resultatlos verlaufen sei, jedoch der Regierung endlich einmal die Augen darüber geöffnet habe, mit was für Unternehmern er es im Buchdruckergerwerbe zu tun haben. Der Schlichtungsausschuss war wie folgt zusammengesetzt: Arbeitgeber: Dr. Woelfel, H. Scholem, Professor Scheuer (Stirma Scher) und Ministerialrat Knöner (Reichsdruckerei); Arbeitnehmer: Massini, Golb, Schiefner und Grimm (Gutenbergsbund). Seitens der Prinzipale waren außerdem Parteivertreter zugegen, während die Gehilfen das nach dem vorher gepflogenen langen Auseinanderlegen für überflüssig gehalten hatten, zumal die Parteien im Schlichtungsausschusse selbst genügend vertreten waren. Die Nichtanwesenheit der Parteivertreter der Gehilfen wurde zunächst zum Anlasse genommen, um gegen den Schlichtungsausschuss Einspruch zu erheben. Der vom Reichsarbeitsministerium bestellte Vorsitzende Regierungsrat Soachim brachte es zuwege, diesen Einspruch zu beilegen und den Schlichtungsausschuss zu einer Vorbesprechung zurückzusuchen. Hier erfolgte der zweite Einspruch der Parteivertreter. Obwohl die Reichsdruckerei der Tarifgemeinschaftlich angeschlossen ist, auch ständig in die Prinzipalversammlungen eines Vertreters entsendend, wurde von ihnen gegen die Anwesenheit des Ministerialrats Knöner protestiert, weil dieser nicht von ihnen gewählt worden sei. Als Knöner sich hiergegen wandte, entschloß sich einem Prinzipale die Entsendung, daß er auch bei Anwesenheit in der betreffenden Parteivertreterversammlung nicht gewählt werden wäre. Kollege Massini erhob den sachlichen Gegenwand, daß dann auch Dr. Woelfel hier nichts zu luchen habe, da er nicht Arbeitgeber und auch nicht in Berlin anständig sei. Die im Spruchzimmer wartenden Parteivertreter der Prinzipale schickten nimmend eine ununterbrochene Erklärung, in der die oben erwähnten Einwände wiederholt wurden, mit der Schlussbemerkung, daß sie, des Wartens müde, sich entfernt hätten. Die sach-

lichen Einwände wurden von dem Vorsitzenden, Regierungsrat Soachim, widerlegt und die unter Außerachtlassung der gesellschaftlichen Anstandsformen erfolgte Entsendung der Parteivertreter der Prinzipale scharf gerügt. Dem schloß sich der Vertreter der Reichsdruckerei an. Nach Erhebung dieses Zwischenfalls erhoben die Prinzipalvertreter im Schlichtungsausschusse weitere Einwände. Sie stellten den Schlichtungsausschuss als ungeheuerlichen Zwang hin, erhoben auf Grund des § 22 der Schlichtungsordnung Einspruch gegen die Zusammenberufung desselben, bemängelten, daß die Tarifinstanzen, ihrer Meinung nach, vorher nicht in Anspruch genommen worden seien, und als dies alles vom Vorsitzenden auf Grund der Tatsachen und der gesetzlichen Bestimmungen als nichtig erklärt wurde, erhoben Dr. Woelfel, H. Scholem und Professor Scheuer nacheinander den Einspruch, daß sie über den Verhandlungsgegenstand nicht genügend informiert seien, was von dem folgenden Redner, Kollegen Massini, genügend „gewürdigt“ wurde. Kollege Massini gab dann eine kurze Darstellung des Konflikts, betonte, daß genug verhandelt, auch das Tarifamt in Anspruch genommen worden sei. Er brandmarkte ferner die hier offen zutage tretende Verdröppelungspolitik der Prinzipale, die überhaupt erst zu der Berliner Bewegung geführt habe. Darauf erklärten die Parteivertreter, mit Ausnahme des Maßstrafvertreter Knöner, daß sie den Schlichtungsausschuss aus den wiederholt angeführten Gründen verlassen würden. Der Vorsitzende wies nochmals auf die Nichtigkeit der Einwände und auf den Einbruch des Verhaltens der Prinzipale in der Öffentlichkeit hin, die es nicht verheben würde, daß hier drei Stunden lang belanglose formale Bedenken geltend gemacht worden seien. In seiner langjährigen Praxis sei ihm ein derartiges Verhalten noch nicht vorgekommen. In seinem Bericht an den Reichsarbeitsminister werde er hierüber Mitteilung machen. Außerdem müsse er aber auch auf die Strafbesimmungen hinweisen, denen sich die Prinzipale bei Verlassen des Schlichtungsausschusses aussetzen. Troßdemem verließen dieselben, mit Ausnahme des Vertreters der Reichsdruckerei, die Sitzung, den Schlichtungsausschuss damit beschlußfähig machend. In längeren Ausführungen legte Kollege Schiefner anschließend der Versammlung die nunmehrige Stellungnahme des Gewerkschaftsstandes dar. Der Beschluß des Generalstreiks habe für die Berliner Kollegenstandes anfangs etwas Bescheidendes gehabt, trotzdem der Vorstand seine gegenfeitige Meinung darüber geäußert habe. Jetzt müsse aber eingesehen werden, daß die Voraussetzungen der Kollegen sich als irrig erwiesen haben. Man verlerne sich die Sympathien der gesamten Arbeiterschaft, der Kollegen im Reich und auch der Regierung, die sich erhebliche Mühe gegeben habe, den Konflikt beizulegen, wenn man an dem starren Prinzip festhalte. Der Vorstand sei, wie von Anfang an, der Meinung, daß in den Bewilligungsstreik eingetreten werden müsse. Damit werde man auch aller zutage tretenden Schwierigkeiten Herr werden können. Er machte, auf die Rückwirkungen bezüglich der bevorstehenden Verhandlungen des Tarifabschlusses in Leipzig aufmerksam, stellte die finanzielle Seite der Angelegenheit, stellte mit, daß die Hilfsarbeiter den Bewilligungsstreik beschließen hätten und hielt es infolgedessen schon im Interesse der Einheit der Bewegung für angebracht, die Faktion zu ändern. Vor Eintritt in die Diskussion verlas Kollege Zwirner einige inzwischen eingelaufene Anträge, die auf eine Verschärfung des Streiks hinausliefen, und stellte diese zur Debatte. Die Mitteilung der einstimmig erfolgten Sympathieerklärung der Generalversammlung in Leipzig wurde mit stürmischem Bravo aufgenommen. Die Diskussionsredner W. Schmidt, Wolf, Barbach, Dissen, Wassertraten für die Beibehaltung der bisher eingeschlagenen Faktion ein und verlangten zum Teil eine weitere Verschärfung des Kampfes, während die Kollegen Piesch, Seibig und W. Schmidt sowie der Vertreter der Hilfsarbeiterorganisation Marx dem Bewilligungsstreik das Wort redeten unter Anführung einer ganzen Reihe von gewichtigen Argumenten, die auch für die Einstellung der Leipziger Generalversammlung maßgebend waren. Nach einem angenehmen Schlusssatz hielt Kollege Massini das Schlusswort. Eingehend wies Redner auf die Auswirkungen des Streiks bei den Gewerkschaften, bei den Parteien, der Stadt Berlin, den städtischen und Staatsbehörden, den in Berlin tagenden Parlamenten usw. hin, um zu schlußfolgern, welche bedeutungsvollen Nachfaktor die Buchdrucker im gesamten Staats- und Wirtschaftsleben darstellten und wie andererseits die Arbeiterschaft nicht die Lebensnotwendigkeiten erhalte, die andre Arbeiter zugebilligt erhalten. Redner trat warm für das Erscheinen der Gewerkschaftspressen ein, wenn die Versammlung nicht zu bewegen sein sollte, den Bewilligungsstreik zu akzeptieren, zumindest jedoch die Notendresse nicht zu unterbinden, da dies eine politische Notwendigkeit sei. Alle vorgebrachten Argumente fanden jedoch kein Gehör; die Verbilligung der Versammlung war so stark, daß bei der nunmehr erfolgten Abstimmung die Aufrechterhaltung des bisher geföhrten Kampfes sich ergab. Ein eingebrachter Antrag, dem auch Kollege Massini zustimmte, ein Streikkomitee zu wählen, fand Ablehnung. Die Weiterführung des Streiks blieb somit in den Händen des Gewerkschaftsstandes. Die nächste Versammlung wurde auf Donnerstag, den 18. Juli, anberaumt. — Auf ein inzwischen eingelaufenes Telegramm aus Leipzig, das eine Entspannung bzw. Beilegung des Konflikts erhoffen ließ, wurde die Versammlung bereits auf Dienstagvormittag einberufen. Kollege Schiefner als Leiter brachte die veränderte Sachlage zur Kenntnis und erstellte dem sodann aus Leipzig eingetroffenen Kollegen Gbel zur Berichterstattung das Wort. Der Referent gab ein anschauliches Stimmungsbild der Generalversammlung in Leipzig und deren Einstellung zur Berliner Bewegung

# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnnummer 50 Pfennig. Portobetrag für die  
Zufendung etwa. Vorauszahlung Bedingung.

Beilage zu Nr. 82 — Leipzig, den 18. Juli 1922

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und  
Sonntag früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## (Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

sowie der eingeschlagenen Taktik. Bei dieser Gelegenheit gab Redner einen Gesamtüberblick über die tarifliche Lage, besprach die Wirtschaftsverhältnisse im allgemeinen, um hierauf auf die ihm von der Generalversammlung aufgetragene Mission einzugehen. Redner entwarf sich dieser Aufgabe vor einer aufmerksam zuhörenden Kollegenschaft und unterbreitete am Schlusse seiner Ausführungen das Resultat der gepflogenen Unterhandlungen mit den Prinzipalen. Dasselbe geht dahin: männliche Arbeiter 300 M., weibliche 250 M., männliche und weibliche Personen unter 17 Jahren 150 M. Diese Beträge gelten als Wirtschaftsbefehle. Mahnungen dürfen beiderseitig nicht stattfinden. Die Diskussion war eine kurze. Es sprachen nur die Kollegen Weiß und Pfister, die den Erfolg der Bewegung hervorhoben durch die Einmütigkeit und Geschlossenheit der gesamten Kollegenschaft. Folgende Entscheidung gelangte zur Annahme: „Die am 11. Juli folgende Generalversammlung beschließt: Auf Grund der Verhandlungen in Leipzig unter Anerkennung der von Anfang an aufgestellten Forderung von 300 M. und Fallentlassen aller Mahnungsgelüste seitens der Unternehmer beschließt die Generalversammlung ab Mittwoch, dem 12. Juli, bei Arbeitsbeginn die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Arbeit ist geschlossen aufzunehmen. Die Generalversammlung spricht allen Mitkämpfern ihren Dank für mutiges Ausstehen aus. Der Vorstand wird unbedingt verpflichtet, Einzelereignisse und Einzelereignisse in diesem Kampfe genau zu prüfen und gegen alle Ungehörigkeiten die notwendigen Schritte zu unternehmen. Insbesondere ist die Frage der Angestellten, soweit sie Verbandsmitglieder sind, einer eingehenden Klärung entgegenzuführen.“ Nach einigen die Sache betreffenden Mitteilungen durch den Kollegen Weiß und weiteren Informationen schloß Kollege Schliefer die Schlussversammlung der nunmehr abgelaufenen Bewegung der Berliner Kollegenschaft, aus deren Entwicklung und Verlauf beide Teile, Prinzipale und Gehilfen, mancherlei Erfahrungen gewonnen haben und dementsprechende Maßnahmen ableiten können.

**Wegnis.** Am 18. Juni in Sagan abgehaltene Bezirksversammlung war trotz des schlechten Wetters gut besucht. Erteilten waren 165 Kollegen aus den Druckerorten Wegnis, Bunzlau, Sagan, Gauer, Goldberg, Ribben, Neumarst, Kobenzow sowie als Gäste auch Saganer Kollegen und ein Durchreisender. Die graphischen Befangenen von Wegnis und Bunzlau teilten die Versammlung ein mit dem gemeinsam vorgelegten Männerchor „Der beste Berg“. Bezirksvorsitzender Scholz begrüßte die Versammlung, besonders auch die zum ersten Male mitwirkenden Damen, ebenso den Gauvorsitzender Fiedler (Breslau). Einen warmen Nachruf widmete der Vorsitzende dem alten Kämpfer Kollegen Dorn (Bunzlau), der im Laufe des Jahres durch den Tod aus unsern Reihen gerissen wurde. Nach Verlesung des Berichts über die Lage im Bezirk und entrollte hierbei ein Bild mühsamer Kleinarbeit. Der Geschäftsgang im Bezirk kann als durchaus gut bezeichnet werden, wenn auch verschiedene Betriebe gezwungen waren, verhiert zu arbeiten, was vielleicht mehr der „Sparjamkeit“ der Unternehmer zuzuschreiben war. Verlesen wurde auch ein Zirkular der Vereinigung Deutscher Provinzdruckereibesitzer IX. in dem gegen die Verbringungsordnung Sturm gelaufen wird. Man will also auf Unternehmensebene nicht einsehen, daß auch der Verbringungsrecht zum Leben hat und nicht nur als Ausbeutungsobjekt betrachtet werden darf. Die Zahl der im Bezirk Wegnis beschäftigten Kollegen ist auf 270 gestiegen. Beibringe sind 60 organisiert. Bezirkskassierer Berdau gab sodann den Bezirkskassenbericht, der mit 2817 Mk. abschließt. Infolge der allgemeinen Teuerung wurde einer Erhöhung des Bezirksbeitrags von 30 Pf. auf 1 Mk. zugestimmt. Ebenso wurde ein Betrag zur Abhaltung einer Bezirkslehrlingsversammlung bewilligt. Dem Vorsitzenden wurde eine Entscheidung von 200 Mk. pro Vierteljahr zugestanden. Als Ort für die nächste Bezirksversammlung wurde Bunzlau bestimmt, wo gleichzeitig das Bezirksjohannisfest begangen werden soll. Gauvorsitzender Fiedler äußerte sich noch über die immer mehr sich aufspizende Lage im Gewerbe und tat einen Blick in die Zukunft, erwähnend, daß der Abbau sich einmal schwieriger gestalten werde als der Aufbau, was man am Auslande deutlich sehen kann. Die Aussprache über die einzelnen Punkte der Tagesordnung war recht ausgiebig. — Nachmittags wurde das Bezirksjohannisfest gefeiert. Gleichzeitig feierte der Ortsverein Bunzlau das 40jährige, und der Ortsverein Sagan das 25jährige Bestehen. Nach der Mittagstafel hielt Gauvorsitzender Fiedler die Festrede, die den Jubelstimmungen und dem Verbaute galt. Er gedachte hierbei des Namensfestes unseres Altmeysters Outenberg und forderte zu festem Zusammenhalten im Interesse der Arbeiterbewegung auf. Vorsitzender Scholz begrüßte ebenfalls beide Jubiläumsvereine und überreichte im Namen des Bezirks Wegnis gekundmachende Adressen, die von dem Kollegen Doppert hergestellt wurden. Ein Festkonzert am Nachmittags brachte Männerchöre der Gesangvereine „Outenberg“ (Wegnis) und „Typographia“ (Bunzlau) und andre

instrumentale Gaben und ließ die Stunden rasch und angenehm verfliegen. Ein Länzchen beschloß den schönen Buchdruckerlog.

**Mainz.** In der Bezirksversammlung am 21. Juni wurde ein Kollege in die Organisation aufgenommen. Der Bezirksbeitrag wurde von 2 auf 3 Mk. wöchentlich erhöht. Über die tarifliche Aufnahme des jüngsten Lohnabkommens wurde schon berichtet.

## □ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

**Neue tarifmäßige Lohn Tabellen.** Neue Lohn Tabellen, enthaltend die Löhne für Gehilfen, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen (nach Wochen-, Tag- und Stundenlohn berechnet) und das Kostgeld der Lehrlinge. Sind vom Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, zum Preise von 6 Mk. pro Exemplar bei portofreier Zustellung sofort zu beziehen. (Postcheckkonto Nr. 85058 Berlin NW 7.) Vorherige Einleitung des Betrags der Einfachheit halber dringend erbeten. Wir empfehlen die Anschaffung dieser offiziellen Lohn Tabellen allen Kollegen, zumal die früher üblichen Veröffentlichungen der von uns selbst berechneten Lohnsätze auf Widerspruch gestoßen sind, so daß wir von deren Fortführung zunächst Abstand nehmen müssen.

**Das Reichsarbeitsministerium gegen die Berliner Buchdruckerbeihilfe.** In der Abendausgabe (Nr. 329) des Berliner „Vorwärts“ wird folgende Zuschrift des Reichsarbeitsministeriums veröffentlicht:

Die Vereinigten Berliner Zeitungsverleger und Buchdruckerbesitzer saßen durch die „Telegraphen-Union“ unter dem 11. Juli 1922 einen — u. a. in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 12. Juli 1922 veröffentlichten — Bericht über die Sitzung des Schlichtungsausschusses im Buchdruckerstreik am Sonnabend, dem 8. Juli 1922, verbreiten, nach dem der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses erklärt haben soll, „daß in diesem Falle von der gesetzlichen Vorchrift abgewichen werden könne; es käme lediglich darauf an, beste noch einen Schlichtungsbruch zu füllen, der sofort abschließend durch das Reichsarbeitsministerium für rechtsverbindlich erklärt werden sollte.“ Und: „Die Einwendung, daß die Besetzung in diesem Fall ein veralteter Formalismus sei. Diese Angaben sind unrichtig. Der Vorsitzende hat sich vielmehr streng an die gesetzlichen Vorschriften gehalten, auch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das Verfahren in jeder Beziehung den gesetzlichen Vorschriften entspreche und die einschlägigen Bestimmungen der Verordnung vom 23. Dezember 1918 in der Verhandlung selbst vorgelesen. Die Arbeitgeberbesitzer haben demgegenüber in der Sitzung nur geltend gemacht, daß sie in wesentlichen Punkten einer anderen rechtlichen Auffassung seien.

Dieser Richtsichtigung des Reichsarbeitsministeriums, die einen tiefen Einblick in die rechtswidrige Belehrung der Berliner Buchdruckerbesitzer durch ihren „juristischen“ Generaldirektor bietet, läßt die Redaktion des „Vorwärts“ mit Recht folgende Mahnung an die bürgerliche Presse hinstellen: „Die bürgerliche Presse aber, die allein die Buchdrucker zu belästigen sich bemüht, läßt gut, diese Feststellung der Tatsachen ihren Lesern zu übermitteln.“ Man kann nun gespannt sein, wieviel bürgerliche Blätter, die zu der Berliner Buchdruckerbewegung in so wahrheitswidriger Weise Stellung genommen haben, diese Richtsichtigung des Reichsarbeitsministeriums ihrem Leserkreis ebenfalls zur Kenntnis bringen werden.

**Das Gesetz über die Preßschiffe im Reichstage.** Der Gesetzentwurf über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse, der im Reichswirtschaftsrat und Reichsrat vieler Änderungen unterworfen war, ist dem Reichstage zugegangen. Er gibt der Reichsregierung das Recht, auf Grund von Selbstkostenermittlungen die Preise für Holzstoff, Zellstoff und Druckpapier zu bestimmen und sie zu Höchstpreisen zu erklären, desgleichen die Druckpapierindustrie zu Zwangshandeln zusammenzufassen und Einheitspreise mit Hilfe von Ausgleichsschiffen festzusetzen. Finanzielle Hilfe bringt das Gesetz den Zeitungen durch die Erfindung der Rückvergütungsschiffe auf den Druckpapierpreis. In diese zahlen die Verkäufer von Holz 1/2 Proz. ihres Verkaufspreises, ferner die Holzexporteure 1/2 Proz. des Ausfuhrwerts der betreffenden Waren. Da Fortbesitzer mit weniger als 10 ha von der Abgabe frei bleiben, fällt die Last der Zahlungen in der Hauptsache auf den staatlichen Fortbesitz, und nur 8 Proz. auf private Fortbesitzer. Die Erträge der Rückvergütungsschiffe gehen zur Verbilligung der Druckpapierpreise für die Presse verwendet, und zwar sollen in erster Linie die kleinen und mittleren Zeitungen berücksichtigt werden. Da es sich nur um eine Notstandsmaßnahme handelt, ist die Dauer des Gesetzes befristet bis zum 31. Dezember 1923. Man erwartet daraus einen Gesamtbeitrag von 550 Mill. Mk., die der Presse zugute kommen soll. Natürlich muß, wenn das Gesetz sich richtig

auswirken soll, die Preiskontrolle bei der Herstellung und beim Vertriebe des Druckpapiers mit aller Entschiedenheit ausgeübt werden.

**Ausstellung im Buchgewerbehaufe zu Leipzig.** Die aus Anlaß der Verbandstagung im Deutschen Buchgewerbehaufe zu Leipzig unter dem Titel „Stand der Technik“ veranstaltete Ausstellung ist noch bis Ende Juli an Wochentagen von 9 bis 5 Uhr und Sonntags von 11 bis 1 Uhr geöffnet. Es werden technische Neuheiten der graphischen Maschinenindustrie im Vertriebe gezeigt. Dem Mittelpunkt der Ausstellung bildet eine vollständige Einrichtung für Offsetdruck. Ein Besuch empfiehlt sich namentlich Sonntags, da alle Maschinen im Vertriebe vorgeführt werden. Wochentags nachmittags von 3 bis 5 Uhr sind nur die hauptsächlichsten Maschinen, wie diejenigen der Offsetabteilung, Siegel- und Buchdruckmaschinen usw. im Vertriebe. In den oberen Räumen stellt der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker gemeinschaftlich mit dem Bildungsausschusse des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießer-Gehilfen, der Typographischen Vereinigung und sämtlichen Sparten die Ergebnisse der in den letzten Jahren geleisteten fachlichen und allgemeinbildenden Bestrebungen zur Schau. Zur Geltung kommen die dem Bildungsverband angeschlossenen Ortsgruppen. Auch die Buchdruckerlehrlingsausstellung hat ausgestellt. Allen Kollegen, die Ferienaufenthalt in Leipzig nehmen oder auf ihrer Ferienfahrt durch Leipzig kommen, sei der Besuch der Ausstellung angelegentlich empfohlen; nicht minder allen Kollegen von Leipzig und Umgebung, die bisher den Besuch verweigerten oder mangels an Zeit verweigerten. Dann dürfte auch zur Vertiefung und Festigung der Kenntnisse bei der Fülle und Vielfältigkeit des Gebotenen in nicht geringen Fällen, zumal bei jüngeren Kollegen, ein mehrmaliger Besuch angebracht sein. Die Kollegenschaft darf sich so günstige Gelegenheit zur Fortbildung oder Orientierung über fachliche Neuheiten, wie sie diese Ausstellung bietet, nicht entgehen lassen.

**Melkerprüfung.** Vor der Handwerkskammer Dortmund legte Kollege Wenner aus Gelsenkirchen die Melkerprüfung ab.

**100 Jahre Sch. und 50 Jahre Rotationsmaschine.** Das Jahr 1922 weist zwei wichtige Gedenktage in der schwachen Kunst auf. Vor hundert Jahren erfolgte durch Ingenieur William Church in Birmingham die Erfindung der ersten brauchbaren Schmalzschneide. Diese Maschine wurde später verbessert und ist durch die Grundzüge, die im Jahre 1844 durch konstruierte Kiholpe des schwedischen Erfinders Otto Merzinger gebildet haben. Die erste Rotationschnelldruckpresse, die man auf dem Kontinent zum Druck endloser Papierselen konnte, stand in der Druckerzei der „Wiener Freien Presse“ auf der Wiener Weltausstellung im Jahre 1873. Sie war in der Maschinenfabrik Augsburg 1872 gebaut worden und wird allgemein als die erste deutsche Rotationschnelldruckpresse angesehen, deren System später allerdings immer mehr verbessert wurde. Heute haben bekanntlich manche Creuznachener der verschiedenen Rotationsmaschinenfabriken Dimensionen erreicht, die sich der Erfinder gewiß nicht hat träumen lassen.

**Verstärkter Angriff auf den Achtstundentag bei der Post.** Wegen des Defizits bei der Postverwaltung landen wieder Beratungen im Postgebäudeauschusse des Reichstags statt. Der Reichspostminister kündigte dabei eine neue Erhöhung der Gehälter ab 1. Oktober an. Ein Postrat Rindland erklärte als Sparschmittler (natürlich nur in Bezug auf die unteren Postbeamten), daß das Personal allen Bestrebungen, innerhalb der achtstündigen Arbeitszeit eine Erhöhung der Arbeitsleistung herbeizuführen, Widerstand entgegensetze. Das Personal habe sich daran gewöhnt, wenig zu arbeiten. (Der Herr meine damit wohl die überzähligen Postdirektoren?) Die Postverwaltung treffe an den jetzigen unerquicklichen Zuständen keine Schuld. Die vom Vereinfachungsausschusse vorgeschlagenen Maßnahmen ließen sich nicht durchführen, weil das Personal nicht wolle. Diese ungeheuren Vorwürfe gegen das Postpersonal wurden von Rednern beider sozialistischen Parteien zurückgewiesen und weitere Stellungnahme bei Fortsetzung der Debatte vorbehalten.

## Briefkasten

**G. A. in B.-G.** Die Art und Weise Ihrer Darstellung ist nicht klar genug und viel zu dramatisch; daher abgelehnt. — **H. W. in B.-G.** Nicht über, aber leider zu spät eingegangen; eine Veröffentlichung hat sich nicht mehr. — **H. W. in B.-G.** Genauso wie ich im übrigen aber sehr unklar, weshalb keine Veröffentlichung möglich. — **H. W. in B.-G.** Wir Buchdrucker können nicht in dieser Weise die „Pressefreiheit“ erdrücken; die Generalversammlung hat zu dieser Frage eine Entscheidung gefasst, nach der wir uns zu richten haben, im übrigen liegt auch bei Ihrer Ansicht; nur wird das Ziel am besten zu erreichen sein, je weniger man darüber schreibt, desto mehr aber in mündlicher Diskussion. — **H. W. in B.-G.** Durch die Generalversammlung überholt. — **H. W. in B.-G.** Für diese einseitige Theorie, die mit dem Industrieverband gar nichts zu tun hat, können wir keine Propaganda machen. — **H. W. in B.-G.** Fr. W. in Halle a. d. S., Jumboldstraße 49 II, bei Starck. — **H. W. in B.-G.** Ich verpasse. — **H. W. in B.-G.** Mit der Aufnahme eines anderen Vertriebs über den Lehrlingslohn in Würzburg im „Bundbuchdrucker“ wollen wir es beenden lassen. Daher abgelehnt. — **H. W. in B.-G.** Wird aufgenommen, jedoch nur unter Voraussetzung aller persönlich gehaltenen Seiten, zumal sie ja selbst zu verlesen, nicht mit Ihrem vollen Namen zu antworten. — **H. W. in B.-G.** Wir geben an dieser Stelle der Kollegenschaft davon Kenntnis, daß die Firma „Gottschalk

**Blf. Gef. in Kattowitz**, die das General Nr. 110 in Nr. 78 des „Storr.“ (Kattowitzer Anzeiger) nach Polen) ausgegeben hat, diejenige ist, in deren Verlage die „Kattowitzer Zeitung“ hergesehen wird. Diese Zeitung nicht bis heute das „Deutschland“ in den Schmutz und viele Fehlerstoffe sind auf deren Schreibweise zurückzuführen. Da außerdem täglich Hunderte von Deutschen aus Kattowitz Oberhessen ausgewiesen, deren Wohnungseinrichtungen einfach auf die Straße gestellt werden, alle Schulen voll deutscher Flüchtlinge sind, kann keinem Deutschen Sollegen die Einreise nach Kattowitz-Oberhessen empfohlen werden. — W. S. in P. und W. S. in D.: Zahlreiche Gründe lassen es uns als ratlos erscheinen, solche Aufzählungen nicht zu fraglich zu nehmen, und daher auch von ihrer Überzeugung Abstand zu nehmen. — W. S. in P. und W. S. in D.: Zahlreiche Gründe lassen es uns als ratlos erscheinen, solche Aufzählungen nicht zu fraglich zu nehmen, und daher auch von ihrer Überzeugung Abstand zu nehmen. — W. S. in P. und W. S. in D.: Zahlreiche Gründe lassen es uns als ratlos erscheinen, solche Aufzählungen nicht zu fraglich zu nehmen, und daher auch von ihrer Überzeugung Abstand zu nehmen.

**Verbandsnachrichten**  
 Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chammlopf 511.  
 Fernsprecher: Amt Surlfurt, Nr. 1191.

**Düsseldorf**. Die Firmen Billefabrik Granderath und Buchdruckerei Heinrich Dilligshäger sind für Verbandsmitglieder gelistet. Die Firmen (ausgegebenen) sind: Schermer (Dr.) (Gautag gezeichnet), Aboluf Mehrfeld 75, Kopp 141, Bome 121, Barez 114, Dieberich 102, Gielow 95, Gieseler 78, Schieber 78, Baries 70, Wollenberg 66, Wilken 62, Weh 62, Schilling 37. Die ersten sieben sind somit gewählt. Als Vertreter des Bezirkes wurde Kollege Hegemann (Wolzenburg) gewählt. Der Gaug beginnt am 22. Juli, morgens 8 Uhr, in Feldmanns Restaurant, Schwerin, Röllcher Straße.

**Presseveränderung**  
 Baden-Baden, Vorländer: St. Allenhöfer, Weinbergstr. 22.  
 Waldenburg. (Schlesischer Maschinenlehrerverein, Bezirk Waldenburg.) Kassierer: Paul Mahner, Waldenburg, Wirtshofstraße 3.

**Berufungskalender**  
 Berlin, Ordentlich Maschinenmeister-Gesamtsversammlung, Donnerstag, den 20. Juli, abends 7 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Ohmstraße 2.  
 — Kattowitzer Verammlung Mittwoch, den 19. Juli, abends 6 Uhr, im „Graphischen Vereinsheim“, Alexanderstraße 44.  
 Stettin, Maschinenmeister-Bezirksversammlung am Sonntag, den 22. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Elitelstraße 56.

Mein Schwelgerjohn, sterner Topograph (auch perfekt an Schmalzlinien), will sich mit vorläufig  
**200—250 Mille Mark**  
 an angelegener Druckerei bzw. Verlagsanstalt in verkehrsreicher Stadt billig befehlen. Mitteldeutschland oder Thüringen bevorzugt, aber auch andere Gegenden nicht ausgeschlossen.  
 Gest. ausführliche Angebote erbitte ich unter Schlüsselach 155, Götze.

**Bandwurm und Würmer**, woran soll die halbe Menschheit leiden, entfernt schnell und sicher ohne Verursachung und Hungerkur Wurm-Ärzt, Hamburg 11 a 121. Speziell gegen Wurmliden. Verlangen Sie Auskunft gegen 3 Mh. in Markenheften. 18

**Leiden Sie an Blutarmut u. Nervosität?**  
 Biochemische Blutanalysen sind das natürlichste Selbstverfahren gegen Nervenkrankheiten aller Art, wie gegen Herz-, Magen- und Darmleiden, Hals- und Lungenleiden, Asthma, Gicht, Rheuma, Leiden der Wechseljahre, Frauenleiden, Menstruationsstörungen, Appetit- und Schlaflosigkeit, Blutarmut, Gicht, Wehweh, Kopfschmerzen und Schwindel, Nervenleiden, leichliche Verstimmung, Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit, Bluthochdruck, Bluthochdruck und gefährliches Blut, demoralisierende Jugendleiden, Bluthochdruck, vererbte rollige Leiden, Misch Salzen, Pulver, Schminken usw. können schon machen, sondern die Gesundheit ist der Quell aller Schönheit. Schön ein beist gesund sein. Auch für Gefunde zur Vorbeugung von Krankheiten sehr zu empfehlen. Jedes Jahr einmal eine Blutreinigungskur vertreibt Krankheiten aus dem Saute. (viene Pillen, Pulver, Tabletten, leicht einzunehmen.) Der Versand geschieht durch eine privilegierte Apotheke per Nachnahme oder Vorkauf. Preis 40 Mh. zuzüglich Porto und Verpackung. Biochemisches Institut (Rosa), Hamburg 11, B 121.

**Seibte Schriftgießer**  
 Sucht S. S. Hermann & Co., Berlin SW 19.

**Schriftgießer**  
 für Dillgerische Schnellsetzmaschine in dauernde Stellung gesucht. 171] Spanische Buchdruckerei, Leipzig.

**AKZIDENZSETZER**  
 In ungekündigter Stellung, vertraut mit allen vorkommenden Arbeiten, zeichnerisch befähigt, wünscht sich vorübergehend zu verändern. Werte Angebote unter K. R. 199 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Salomonstr. 8, erbeten.  
**LEIPZIG ERWÜNSCHT!**

**Zeichner und Akzidenzsetzer**  
 27 Jahre alt, ledig, mit kullorstem Geschmack, sucht einen Posten, auf dem ihm Gelegenheitsarbeiten ist. Qualitätsarbeiten zu sehen oder zu zeichnen. Probearbeiten stehen zu Diensten. Eintritt kann 14 Tage nach Engagement erfolgen.  
 Gest. Offerten unter „Belgemäß 195“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

**Nach Berlin!**  
**Seher** bewandert im russischen Werkfach (auch gef. Manufakt.) sucht vorüberg. (1/2 Jahr) Stellung. Offerten unter Nr. 187 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.  
**Gilt!**

**Linothypeseher**  
 bisher nur in ersten Firmen tätig, ruhiger, flotter, korrekter Seher bei hohen Leistungen und vollständiger Maschinenkenntnis sämtlicher Modelle sowie einteiliger Zeichnung (früher selbständiger Monteur und Mechaniker), zehnjährige Praxis, 29 Jahre alt, ist sich angebotener, gutbezahlter Lebensstellung, eventuell als erster Maschinenseher in modernem Betriebe vor Platz oder Sehergebet.  
 Gest. Offerten mit Gehaltsangabe erbeten unter Nr. 184 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Salomonstraße 8.

**Grafischer Meister, zur Zeit langjähriger Leiter einer bedeutenden Hausdruckererei und Galvanoplastik**  
 wünscht sich baldmöglichst in gleiche Position zu verändern. Suchender ist in allen vorkommenden Arbeiten durchaus tüchtig, arbeitsreich und zuverlässig und befähigt, einem größeren Personal mit Takt und Umsicht vorzuliegen.  
 Gest. Angebote erbitte unter „Galvan Nr. 190“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Salomonstraße 8.

**Monothypetrieb**  
 Tüchtiger, erfahrener Fachmann, Meister, gegenwärtig in noch ungekündigter leitender Stellung, sucht, getrieben auf beste Zeugnisse, baldigst gleichen Wirkungskreis.  
 Gest. Offerten unter Nr. 191 befördert die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Salomonstraße 8.

**Rheinland bevorzugt!**  
**Zwei junge, strebende Drucker**  
 in ungekündigter Stellung, erfahren im Werk- und Akzidenzdruck, mit Kenntnissen im Illustrationsdruck, Universalsaugapparathener, wünschen sich bald in Dauerstellung zu verändern.  
 Werte Offerten unter Nr. 192 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

**Hamburg Rotations- und Flachdrucker Hamburg**  
 verheiratet, verkauft mit zwei- und Vierrollenmaschine, einfach und doppelreil. Liegel, Schnellpresse, Zweitweilen, Bogenanl. Unberl. König, Dur und Kolmar, bewand. im Akzidenz-, Werks-, Malten-, Illustrations- und Briefdrucker, sucht dauernde Stellung. Angeb. unter „Buchdrucker 41“ postl. Postamt 12, Hamburg.

**3 Rund- und Flachstereotypen 3**  
 ledig, 19, 20 u. 25 Jahre alt, wünschen sich innerhalb Leipzigs per 1. August oder später zu verändern. Solche sind mit allen vorerhaltenen vertraut, auch sind Kenntnisse im Bleischnitt vorhanden.  
 3 Off. unt. W. Sch. 194 an die Geschäftsst. d. Bl., Leipzig, Salomonstr. 8.

**Monothypeseher**  
 Sucht Buchdrucker Oskar Reiter, Leipzig, Köhligstraße 26 E.  
 Zur Ausschle, die sich in Dauerstelle verwandeln kann, gesucht  
 ein jung. Maschinenmeister ein Typographseher für gutes Werkfach.  
 Angebote erbeten an [189] G. C. Haag, Meße i. Hann.

**Stereotypseher**  
 in allen Arbeiten tüchtig, wird gesucht.  
 Glemming-Wilshoff, Blf.-Gef., Wlogau. 175]

**In Leipzig**  
 wünscht sich tüchtiger, selbst arbeitender **Werkmeister** (34 Jahre alt), als solcher oder als **Werkfaktor** zu verändern.  
 Gest. Angebote unter R. S. 201 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

**Russisch!**  
 Tüchtiger, erfahrener Seher, flotter Werkmeister, im russischen u. polnischen Saße firm, sucht sofort Stellung. [182] Gest. Angebote an Joh. Freykowski, Stettin, Sobannenberg 14 111 Mitte.

**Egal wohin!**  
 Junger, vorwärtsstrebender **Schriftseher**  
 in allen Schahen bewandert, sucht angenehme Stellung, am liebsten, wo ihm Gelegenheitsarbeiten ist, sich an der Sehermaschine auszubilden. Angebote erbitte G. Schmann, Schwerin i. M., Wallstr. 151.

**Egal wohin!**  
 Junger, 20jähriger, tüchtiger **Schriftseher**  
 bewandert im Akzidenz-, Inkeration-, Zetteln- u. Zeitungsaufbau, ist sofort Stellung. Gute Zeugnisse vorhanden.  
 Gest. Angebote unter Nr. 196 a. d. Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

**Lebiger**  
**Typographseher**  
 (Modell U-B), flott und korrekt, sucht sofort Stellung.  
 Gest. Angebote an Schröder-Silberbrandt, Ertsgard (Pomm.), Barnimstraße 21 E. erb. n. 1178

**1. Akzidenzsetzer**  
 in ungekündigter Stellung, firm in mod. Sat, Entwurf und Zeichnung, mit gutem Geschmack, sucht sich baldigst zu verändern. Drucker mit erstklassigen Arbeiten bevorzugt. Angebote unter „Fortschritt“ 200 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Salomonstr. 8, erbeten.  
**Leipzig erwünscht!**

**Tüchtiger Illustrationsdrucker**  
 mit Saug- und Vier-Apparat und an Schwingler vertraut, sucht sich in Leipzig in Dauerstellung zu verändern.  
 Angebote unt. Nr. 181 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstr. 8, erb.

**21jähriger, lediger Maschinenmeister**  
 (Leipziger), firm i. Werk- u. Malten druck, mit Kolmarapparat vertraut, sucht sich bald oder später nach Thüringen zu verändern (Urnstadt, Erfurt oder Nahe).  
 Off. u. Nr. 193 a. d. Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erb.

**Junger Maschinenmeister**  
 in ungekündigter Stellung wünscht sich in Leipzig zu verändern. Mit allen vorkommenden Arbeiten bestens vertraut sowie guter Apparathener.  
 Offerten erbeten unter K. 180 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8.

**Köln!**  
 Welcher Kollege würde mir für die Nacht vom 29. zum 30. Juli beschriebenes Unterkommen gewähren?  
 Adolf Galtenhauer, Detmold (Tippe), Werrestraße 10.

**Maschinenband, Messingbenzinhamen, Stolumenstannur, Einzelschaden, Ausgelegt für Schnellpr.**  
 Bezner & Hoff, [101] Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

**Wo**  
 könnte sich tüchtiger, erfahrener **Schriftgießer** als **Monothypeseher** ausbilden lassen?  
 Werte Angebote mit Bedingungen unter Nr. 163 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8. [163]

**Wer verkauft Langenscheidt-Unterrichtsbriefe**  
 Spanisch, Englisch oder Französisch? Preisangebote an Seiser, Zwickau, Kömmerstraße 14. [185]

**Zur fachtechnischen Fortbildung**  
 Bücher, Broschüren, Ausschüsse, Rollen u. M. Prill. geeignet. (Ausk. geg. Ruckp.) Freudensthal, Machen, Kleinbahnstr. 18. (Korr. - Jahrg. 13/17 a. Ortsver. g. Porto.)

**Akzidenz-, Werk- und Zeichnungseher**  
 sind geeignete Fachkräfte für den Graph. Verlag S. Siegel, München 8. Katalog 1 1911.

**Washington-Petroleumbrenner**  
 für Anolpse sofort zu kaufen gesucht. Vermittlung durch Maschinenseher etc. möglich.  
 Changebot an „Wohlfahrt“, Neue rade (Gulenbergberg).

**Der schriftliche Verkehr**  
 und Reduktion: Erklärung für den Schriftwechsel mit Behörden in den wichtigsten Rechtsgebieten mit original. Briefverzeichnisse und Fremdbücherdruck. Zwei umfangreiche Leinenbände 300 Mh., auch in sechs Monatsraten zahlbar. Zu beziehen durch St. Siegel, München 8.

**Fernunterricht**  
 im buchgewerblichen Zeichnen  
 Beginn des Kurses jederzeit!  
 Man verlange Prospekt von Fernunterricht, Leipzig-Köllterg., Postfach.

**Buchdruckerhumor**  
 in sechs Hefen. Man h. (100 Stück 15 Mh.) zu beziehen durch St. Siegel, München 8.

Am 11. Juli verstarb unser Kollege, der Maschinenseher [197]

**Erich Köhne**  
 aus Köpenick, im Alter von 34 Jahren.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Das Personal der Buchdruckerei Franz Weber, Berlin.

Am 8. Juli verstarb in München unser wertiges Mitglied [184]  
**Oskar Milbauer**  
 aus Oppenheim, 56 1/2 Jahre alt, an einem Schlaganfall. Wir werden ihm ein treues Gedenken bewahren. Bayerischer Korrespondenzverein (St. München).